

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVÄNGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern

In Verbindung mit Ernst BÄCH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

9. Jahrgang, Nummer 9

Z 2753 E

Bonn, im September 1961

INHALT

MEHR STIMMEN FÜR DIE CDU/CSU!

von Gerhard Schröder S. 2

BERLINKRISE UND BUNDESTAGSWAHL

von Kai-Uwe v. Hassel S. 2

UNVERBLUMTE WAHLHILFE CHRUSCHTSCHOWS S. 3

SETZT DEUTSCHLAND NICHT AUFS SPIEL!..... S. 4

URSACHEN UND ZUSAMMENHÄNGE DER HEUTIGEN LAGE DEUTSCHLANDS

S. 7

DIE GRUNDLAGEN UND ZIELE UNSERER WIRTSCHAFTS-, FINANZ- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK

von Franz Etzel S. 11

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT S. 16

PFARRER ALS VORSPANN DER „DEUTSCHEN FRIEDENS-UNION“

von Wolfgang Höpker S. 19

WER VERTRÖSTET?

von Richard Eckstein S. 20

MEHR STIMMEN FÜR DIE CDU/CSU!

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Chruschtschow hat mitten in diesem Wahlkampf den bisherigen Notausgang aus dem kommunistischen Gefängnis geschlossen und den freien Teil Berlins weiter eingeeengt. Am Stacheldraht in Ost-Berlin stehen die beiden Weltsysteme Brust an Brust. Die Geschlossenheit der freien Welt ist die Vorbedingung dafür, daß der Frieden erhalten bleibt und daß verhandelt werden kann. Besonnenheit hat den Frieden gesichert, Besonnenheit wird den Frieden sichern. Diese Besonnenheit hat in kritischen Stunden vor allem Bundeskanzler Adenauer gezeigt.

Mancher fragt, ob in einer Zeit solcher Spannung ein Wahlkampf geführt werden kann? Meine Antwort lautet: Ja. In einem demokratischen Staat entscheidet die Wahl über den Kurs der Politik. Um diesen Kurs muß klar und aufrichtig gerungen werden. Steht der Wahlkampf etwa der wünschenswerten Gemeinsamkeit in nationalen Fragen entgegen? Ich meine, wir sollten in zwei Dingen übereinstimmen: in Vaterlandsliebe und dem Willen zur Wiedervereinigung aller Deutschen. Auf dieser Grundlage jedoch ist die politische Auseinandersetzung der Parteien notwendig und fruchtbar.

Die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, von uns die Wahrheit über die Lage und die Aussichten für die Zukunft zu hören. Hier schafft nur Klarheit Vertrauen. Wir können weder Dramatisierung noch Panikmache gebrauchen. Hat unsere Politik in diesen kritischen Tagen die Prüfung bestanden? Meine Antwort lautet uneingeschränkt: Ja. Ich will das begründen:

Kein Anlaß zur Kleinmütigkeit

Der Kommunismus hat seinen Willen zur Eroberung der ganzen Welt durch den Mund Chruschtschows laut und offen erklärt. Er stützt sich dabei nicht nur auf die Rote Armee und ihre Atomraketen. Seine politisch-psychologische Taktik zielt auf die Schwächung und Lähmung des Gegners von innen her. Er spekuliert auf Unsicherheit und mangelndes Selbstvertrauen der nichtkommunistischen Völker. Er will das Vertrauen in die Wirksamkeit des westlichen Verteidigungsbündnisses innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik erschüttern. Dafür benutzt er Berlin, weil es geografisch und politisch äußerst empfindlich ist. Das freie Europa hat nicht den geringsten Anlaß zur Kleinmütigkeit und Verzagtheit. 300 Millionen Westeuropäer sollten doch wohl 200 Millionen Sowjets

ein genügendes Abwehrpotential gegenüberstellen können. Was wir brauchen ist der moralische und politische Wille, die vorhandenen Kraftreserven Europas, ja der ganzen freien Welt, energisch zu nutzen. Zur gemeinsamen Verteidigung entschlossen, wird Westeuropa sich behaupten, vereinzelt und uneinig wäre es eine Beute des Kommunismus.

Die Blindheit der SPD

Unsere Politik hat in den vergangenen 12 Jahren der Zusammenführung Westeuropas gedient. Die Sozialdemokratie hat dagegen 12 Jahre erbittert Widerstand geleistet. Wie viel weiter wären wir heute, wenn die SPD nicht Monat für Monat, Jahr für Jahr unsere Aufbauarbeit bekämpft, behindert und verzögert hätte! Die SPD hat unseren angeblich so törichten Antikommunismus verhöhnt. Die SPD hat die innere und äußere Sicherheitsgesetzgebung ausnahmslos boykottiert. Heute rufen dieselben sozialdemokratischen Politiker nach Taten und nach kämpferischer Entschlossenheit, die noch vor einiger Zeit spöttisch meinten: „Nur noch Adenauer ölt Kanonen, während die ganze andere Welt jetzt Politik mit Butter macht.“ Die SPD hat bis heute die für unsere Sicherheit so notwendige Notstandsgesetzgebung sabotiert mit der Begründung, ein Notstand sei weit und breit nicht zu sehen. Ja, sie hat noch am 22. August, also 9 Tage nach der erhöhten Spannung in Berlin, das für die Verteidigung wichtige Bundesleistungsgesetz abgelehnt. Nun, diese SPD-Politik war blind und sie bleibt blind — trotz aller gegenteiligen Beteuerungen.

Wie lautet die Schlußfolgerung:

Adenauer hat die Bundesrepublik zu einem festen Bestandteil der freien Welt gemacht. Erhard hat aus der Inflation zur stabilen Währung, zu einer blühenden Wirtschaft und zu wachsendem Wohlstand geführt. Für diese Politik stehen gemeinsam und entschlossen Adenauer, Erhard und unsere ganze Mannschaft. Für diese Politik stehen aber nicht nur einige wenige Menschen, sondern diese Politik wird für die Zukunft verbürgt durch die große stabile Kraft der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union. Für den weiteren Erfolg dieser Politik — für Sicherheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand — werden mehr Stimmen gebraucht. Auch Ihre Stimme wird gebraucht. Darum am 17. September: Mehr Stimmen für die CDU/CSU!

BERLINKRISE UND BUNDESTAGSWAHL

von Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel
Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU

Man hat die Sicherheitspolitik der Bundesregierung oft genug als eine „Politik der Stärke“ gescholten. Was aber geschieht jetzt nach dem 13. August? Da machen sich plötzlich diejenigen zum Sprecher einer „Politik der Stärke“, die sie bislang auf das heftigste bekämpften. Da glauben sogar einige, mit dem Säbel rasseln zu müssen, die sich zuvor beharrlich weigerten, einen Säbel zu ihrer eigenen Verteidigung in die Hand zu nehmen. Die Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung allein

war es, die die Bundesrepublik und mit ihr die Stadt Berlin davor bewahrte, kommunistischen Machtgelüsten preisgegeben zu werden. Ohne diese Politik hätten die Panzer der sogenannten Volksarmee am 13. August nicht am Brandenburger Tor Halt gemacht. Sie wären hindurchgerollt. Für uns Deutsche gibt es kein festeres Unterpfand unserer Freiheit als den vollzogenen Anschluß an das atlantische Bündnis. Er kam gegen die Stimmen der Opposition zustande. Wer sich aus ihren

Unverblümete Wahlhilfe Chruschtschows

Was gestern noch Gegenstand innerdeutscher Auseinandersetzungen sein konnte, ist in der sowjetischen Erklärung über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche vom 30. August d. J. eindeutig bestätigt worden. In dieser Erklärung heißt es in bezug auf die Bundesrepublik wörtlich:

„Unglücklicherweise gibt es zuviel Beweise für die Tatsache, daß die in Westdeutschland lebenden Deutschen sich wieder dem Gift der Revanche ergeben haben und Führer-Nachfolgern erlauben, sie auf den Weg des Krieges zu führen. Was für eine andere Erklärung kann es für die Tatsache geben, daß bei jeder Wahl zum Bundestag die Bevölkerung der Bundesrepublik gehorsam Bundeskanzler Adenauer und diejenigen Politiker wählt, die unbelehrbar die Deutschen in neue Angriffshandlungen hineinziehen wollen? Deutsche, die Adenauer wählen, müssen wissen, daß Adenauer und die Anhänger seiner Politik in Westdeutschland sich genau die gleichen antikommunistischen und revancharistischen Schlagworte zu eigen gemacht haben, mit denen Hitler zur Macht kam und in der Folge den zweiten Weltkrieg entfesselte.“

Dies ist die bis heute massivste Einmischung Chruschtschows in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland. Es ist nicht mehr zu bestreiten: Chruschtschow schaltet sich in den Wahlkampf ein mit dem erklärten Ziel, Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer zu stürzen.

Der Bundeskanzler führte am 2. September in einer Ansprache über das Deutsche Fernsehen u. a. folgendes aus:

„... Chruschtschow hat die Wiederaufnahme der Atomversuche in einer längeren Regierungserklärung zu begründen versucht. Er sagte, die aggressiven Vorbereitungen der westlichen Mächte zwingen ihn dazu.

Nun, Sie alle, meine Zuhörer, wissen, daß die NATO-Mächte nicht Aggressoren sind. Sie wissen, daß wir alle den Frieden wollen, daß wir uns aber gegenüber einem Angriff mit aller Kraft zur Wehr setzen werden. Chruschtschow droht in seiner Erklärung mit der Anfertigung von Superbomben. Wir wissen, daß er schon jetzt genügend Atombomben besitzt, um die ganze Erde in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Er selbst hat das mehr als einmal erklärt. Was er über Superbomben sagt, soll Angst hervorrufen.

Wir wissen, daß die Vereinigten Staaten in Atomwaffen stärker sind als die Sowjetunion, und wir wissen — Chruschtschow weiß das auch —, daß aus einem weltweiten nuklearen Kriege weder Sieger noch Besiegte hervorgehen würden, daß insbesondere auch Sowjetrußland in einem solchen Kriege ein großes Trümmerfeld werden würde.

Das ist alles schrecklich, und darum will ja die NATO und wollen gerade wir die kontrollierte Abrüstung aller Waffen ...

Die Bundesrepublik Deutschland hat in feierlicher Form erklärt, daß wir gegen jeden Angriffskrieg sind, daß die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes nur auf friedlichem Wege erfolgen soll. Am 31. August d. J., als ich die Erklärung Chruschtschows noch gar nicht kannte, habe ich in einer Ansprache an die Soldaten des Fliegerhorstes Wunstorf gesagt: ‚Ihr, Soldaten der Bundeswehr, seid da zur Sicherung des Friedens.‘ Wir haben keine antikommunistischen Kreuzzugsideen. Wir achten das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes. Wir sind der einzige Staat, der sich schon im Jahre 1954 verpflichtet hat, keine Atomwaffen herzustellen.

Weder die Bundesregierung noch das deutsche Volk brauchen sich von den Sowjets nachsagen zu lassen, daß sie sich dem ‚Gift der Revanche‘ ergeben hätten. Wir möchten wahrhaftig mit allen Völkern in Frieden leben, auch mit den Völkern der Sowjetunion!

Warum ist die Lage jetzt so kritisch geworden? Ich glaube, daß die Antwort auf diese Frage heute leichter ist als noch vor wenigen Tagen. Nachdem die Sowjets den atomaren Versuchsstopp gekündigt haben, wird kaum noch jemand so töricht sein können, die Krise, in der die Welt sich befindet, etwa nur für eine Krise um Berlin zu halten. Die sowjetische Regierungserklärung zeigt in dem Passus, der sich mit der gegenwärtigen Bundestagsmehrheit und mit mir beschäftigt, sehr klar, was die Sowjetunion will: Sie will mit ihrem Eingriff in unsere Bundestagswahl eine Änderung in der Außenpolitik der Bundesrepublik herbeiführen, eine Abkehr von unserer bisherigen NATO- und Sicherheitspolitik; sie will damit dem Zusammenschluß der europäischen und der nordatlantischen Gemeinschaft ein Ende machen. Denn diese Politik ist es ja, die sie angreift, vor der sie die Deutschen warnt ...

Der neue Bundestag wird die Verantwortung für die deutsche Politik in dieser kritischen Phase übernehmen müssen. Die Bundesregierung, die aus ihm hervorgeht, wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht experimentiert, sondern den bisherigen Weg konsequent fortsetzt. Wir brauchen eine starke Regierung, die vom Vertrauen einer großen Mehrheit in Parlament und Volk getragen ist. Wir werden durch Verhandlungen zu einer Lösung des Deutschland- und damit des Berlin-Problems kommen müssen, die für beide Teile, den Osten und den Westen, aber auch für das deutsche Volk annehmbar ist. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß Verhandlungen mit den Sowjetrussen schwierig sind. Aber wie 1955 meine Verhandlungen in Moskau schließlich doch zur Freilassung der Kriegsgefangenen und zur Herstellung diplomatischer Beziehungen geführt haben, so bin ich überzeugt, daß wir auch jetzt in Verhandlungen zu einer Lösung kommen werden ...“

Reihen jetzt auf diesen Pakt beruft, leugnet im Grunde seine eigene Vergangenheit. Er gesteht einen fundamentalen Irrtum ein.

SPD nutzt Ulbrichts Schandtat propagandistisch aus

Die SPD hat seit Ulbrichts Schandtat vom 13. August die Berlinkrise unablässig für ihre Wahlzwecke ausgenutzt. Schon am Abend jenes 13. August erklärte der führende SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Heinemann, am Brandenburger Tor habe die Bundesregierung die Antwort auf ihre zwölfjährige falsche Deutschlandpolitik erhalten. Er erklärte, daß das Fundament der westlichen Deutschlandpolitik zerbrochen sei. Was meinte er damit? Gibt es eine andere als eine zum Westen orientierte Deutschlandpolitik? Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer leitete am 22. August aus der Berlinkrise sogar eine eindeutige Wahlparole ab, indem er sagte, die Bevölkerung müsse man jetzt auffordern: „Geht zur Wahl, helft Berlin und Willy Brandt“. Man hat den Eindruck, daß die SPD im gespenstisch-fahlen Licht der Berlinkrise ihren Kandidaten als den strahlenden nationalen Helden präsentieren will. Die CDU/CSU sieht sich aus diesem Grunde schweren Herzens gezwungen, nun auch ihrerseits ein Wort zur Frage Berlinkrise und Bundestagswahl zu sagen:

Chruschtschow will Adenauer stürzen

Chruschtschows Ziel ist von eh und je, das gesamte Deutschland seinem Machtbereich einzuverleiben. Er ist damit auf den erbitterten Widerstand der von uns geführten Regierung gestoßen. Deshalb will er eine andere

Bundesregierung. Wörtlich erklärte er am 19. März 1959, unmittelbar nach dem Besuch von Professor Carlo Schmid und Erler in Moskau:

„Wir sind uns darüber klar, daß die SPD der Bundesrepublik nicht die Regierung verkörpert, doch diese Politiker der westdeutschen Opposition scheinen uns einen vernünftigeren Standpunkt einzunehmen als die Regierungsvertreter. Ich glaube, daß wir mit Leuten wie Professor Schmid und Erler, wenn sie an der Regierung wären, eher zu einem Einvernehmen gelangen könnten.“

Das heißt doch nichts anderes als dies: Chruschtschow glaubt, mit einer anderen deutschen Regierung die Ziele der sowjetischen Deutschlandpolitik erreichen zu können. So liegt es auf der Hand, daß die Sowjets ihren ganzen Einfluß aufbieten, eine andere Bundesregierung an die Macht zu bringen. Und Chruschtschow sieht in der SPD zweifellos vor allem die Partei jenes Deutschlandplans, in dem noch vor gut zwei Jahren zu unserem Entsetzen wesentliche Elemente der sowjetischen Deutschlandpolitik ihren Niederschlag fanden. Auch vor diesem Hintergrund muß nach unserer und des Kanzlers Auffassung die neue schwere Berlinkrise gesehen werden.

Chruschtschow ist offensichtlich der Ansicht, durch den Anschlag auf Berlin die Bundesregierung in so ernste Schwierigkeiten bringen zu können, daß das deutsche Volk sich bei der Wahl am 17. September von dieser Regierung abwendet und damit den brennenden sowjetischen Wunsch nach einer anderen deutschen Bundesregierung erfüllt. Es wäre verleumderisch, zu behaupten, die SPD habe diese Aktion Chruschtschows gewollt. Aber sie muß sich sagen lassen, daß sie aus Ulbrichts Gewaltstreich parteipolitisches Kapital zu schlagen versucht und damit ungewollt Chruschtschows Absichten unterstützt.

SETZT DEUTSCHLAND NICHT AUFS SPIEL!

Das Terrorregime Ulbrichts hat sich mit der totalen Verriegelung des sowjetzonalen Massenzuchthauses eines neuen schweren Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Es fehlen die Worte, um das Leid und die Not auszudrücken, in die Ulbricht und seine Schergen unsere Brüder und Schwestern jenseits von Elbe und Werra gestürzt haben. Tiefer Abscheu erfüllt uns alle gegenüber der Schandtat der Kommunisten, die damit vor aller Welt ihren Bankrott zugegeben haben. Bei aller Empörung und Erregung über Ulbrichts infamen Gewaltakt müssen wir aber kühlen Kopf bewahren. Für die Beurteilung und Bewältigung der ernstesten Probleme sind Nüchternheit und Besonnenheit oberstes Gebot. Eine nüchterne Analyse der Lage ergibt folgendes Bild:

1. **Die gewaltsame Absperrung Ost-Berlins und die endgültige Einbeziehung Ost-Berlins in die Sowjetzone stellen einen eklatanten Rechtsbruch dar.** Moskau hat damit die zwischen den Alliierten geschlossenen Abkommen erneut gebrochen. Moskau hat außerdem die nach Beendigung der sowjetischen Berlin-Blockade getroffenen Vereinbarungen brutal verletzt.
2. Diese klaren Tatsachen muß man innerhalb der gegebenen Voraussetzungen sehen: **Sicherheitsgarantien konnte der Westen immer nur für die Sicherung der Freiheit West-Berlins und der Zufahrtswege zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin geben.**
3. **Der neue Terrorakt Ulbrichts richtet sich nicht unmittelbar gegen die Freiheit West-Berlins.** Dieser Schritt der Kommunisten ist vielmehr das letzte Glied in der Kette der Rechtsbrüche, mit denen Ulbricht die Zone

seit Jahren immer mehr vom freien Deutschland abgesperrt hat. Gegen die Freiheit West-Berlins aber richtet sich Chruschtschows Ultimatum vom 10. November 1958. Chruschtschow hat seit 1958 immer wieder einen separaten Friedensvertrag mit dem Ulbricht-Regime angekündigt. Damit sollen alle Rechte der Sowjetunion in Berlin auf die Zonenbehörden übertragen werden. Damit sollen auch die Viermächte-Vereinbarungen über West-Berlin aufgehoben werden. Das heißt: sowohl die Position der drei westlichen Schutzmächte in West-Berlin wie auch das Recht auf die Freiheit des Verkehrs zwischen Berlin und der Bundesrepublik würden in Frage gestellt werden. Wenn Chruschtschow die angekündigten Maßnahmen durchführte, wäre das also ein eindeutiger Anschlag auf den freien Teil Berlins.

4. **Es handelt sich bei den Vorgängen in Berlin gleichsam um eine „Vorkrise“.** Welche Maßnahmen sollten die Bundesregierung und ihre westlichen Verbündeten in dieser Situation ergreifen? Für die Freiheit West-Berlins und die Unantastbarkeit seiner Verbindungswege zur Bundesrepublik haben sich die USA verbürgt. US-Vizepräsident Johnson hat das jetzt in Berlin und Bonn nochmals eindringlich und überzeugend ausgeführt. Auch die NATO im ganzen hat die Freiheit West-Berlins garantiert.

Die Bundesregierung, die drei Westmächte und der NATO-Rat haben unter dem Eindruck der Drohungen Chruschtschows seit langem eine Reihe von Gegenmaßnahmen vereinbart, mit denen irgendwelche östlichen Übergriffe gegen West-Berlin und die Zufahrtswege beantwortet werden sollen.

5. **Durch die Entwicklung der nuklearen Waffen hat sich die gesamte Weltpolitik verändert.** Die nuklearen Waffen können in kürzester Zeit zur Vernichtung ganzer Länder und Völker führen. Ein mit nuklearen Waffen geführter Krieg würde ein Verderben über die Erde bringen, das unvorstellbar ist.

Aus seiner Verantwortung für das Schicksal der gesamten Menschheit heraus hat der Westen die Pflicht, jeden Schritt sehr sorgsam zu überlegen, damit die bestehenden Spannungen im Wege von Verhandlungen gelöst werden und man nicht einen Krieg heraufbeschwört, bei dem alles vernichtet wird, bei dem es weder Sieger noch Besiegte gibt. Solche Verhandlungen mit der Sowjetunion können aber nur dann erfolgversprechend sein, wenn der Westen stark genug ist, um jeder Erpressung entgegenzutreten. Der Westen muß stark genug sein, um den Sowjets das ganze Risiko kriegesischer Auseinandersetzungen vor Augen zu führen. Deswegen gilt bei aller Verhandlungsbereitschaft für die NATO, einschließlich der Bundesrepublik, heute mehr denn je das Gebot, ihre Verteidigungsanstrengungen zu verstärken.

6. **Als Antwort auf alle östlichen Bedrohungen der Freiheit West-Berlins wird der Westen also nur im äußersten Notfall militärische, zuvor aber politische und wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen.**

Verschiedentlich war in diesen Tagen gefordert worden, der Westen hätte bereits jetzt einen Teil dieser Maßnahmen einsetzen sollen. Wäre das geschehen, so hätte sich der Westen für die eigentliche Berlinkrise selbst eingeschränkt. Bei einer tatsächlichen Bedrohung der Freiheit West-Berlins, mit der nach Chruschtschows Ankündigungen in den nächsten Monaten gerechnet werden muß, hätten dem Westen dann womöglich nur noch die letzten, die militärischen Mittel mit all ihren Konsequenzen zur Verfügung gestanden.

7. **Je ernster die Bedrohung durch den Osten ist, desto wichtiger ist die unbedingte Geschlossenheit des Westens.** Auch die Bundesregierung könnte und kann alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen — etwa die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens — nur in engstem Zusammenwirken mit ihren Verbündeten treffen. Die maßvolle Zurückhaltung, die die Bundesregierung im Anschluß an die Vorfälle in Ost-Berlin gezeigt hat, war deshalb ebenfalls Ausdruck ihres Bemühens, den Frieden zu sichern und trotz aller östlichen Provokationen nicht ihrerseits zu einer Verschärfung der Lage beizutragen.

8. **Es ist gerade jetzt lebenswichtig für uns, daß nicht durch unverantwortliche Äußerungen das Vertrauensverhältnis zwischen uns und unseren Verbündeten gestört wird.** Eine Vertrauenskrise unter den Völkern des Westens würde eine katastrophale Schwächung des Westens gegenüber dem Ostblock zur Folge haben. Chruschtschow hätte damit seinen größten und von ihm selbst nicht erwarteten Erfolg.

Verhandlungen notwendig

Die Bundesregierung hat wiederholt mit Nachdruck erklärt, daß sie in Verhandlungen den einzigen Ausweg aus der Krise sieht. In diesen Verhandlungen kann es nicht nur um Berlin, sondern muß es um die Zukunft ganz Deutschlands gehen. Das Selbstbestimmungsrecht hat seinen Siegeszug über die ganze Welt angetreten. Die Sowjets, die es täglich für die Völker Asiens und Afrikas fordern, müssen es endlich auch dem deutschen Volk zubilligen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer und Außenminister v. Brentano haben wiederholt auf die Notwendigkeit einer Abrüstung hingewiesen, die alle Waffen umfassen muß und ohne Kontrolle keinen Sinn hätte. Die Westmächte waren hierzu immer bereit — die Sowjetunion verweigerte jede konstruktive Möglichkeit.

Bis zu einer kontrollierten Abrüstung aller Waffen bedeutet das Vorhandensein atomarer Abschreckungskraft Friedenssicherung, weil die Sowjets bei einem Angriff totale Vernichtung riskieren müßten.

Weg und Ziel sind klar: Die Bundesregierung muß der Sowjetunion immer wieder vor Augen führen, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit auch dem Sicherheitsinteresse der UdSSR dient. Die Bundesregierung ist bereit, bei einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit der Sowjetunion Sicherheitsgarantien zu geben.

In dieser Politik liegt die große Hoffnung auf eine Befriedung der Welt. Hier liegt die große Aufgabe für die Zukunft.

Ohne Wahlkampf?

Die verschärfte Berlinkrise fällt in die Zeit der Vorbereitung zur Bundestagswahl am 17. September. Das Grundgesetz erlaubt es nicht, auf diese Wahl zu verzichten. Zur Vorbereitung der Wahl aber gehört der Wahlkampf. Er ist ein Lebenselement der freiheitlichen Demokratie überhaupt.

Im Wahlkampf müssen die Parteien und ihre Repräsentanten Rechenschaft ablegen, ihre Positionen abstecken, ihre Absichten offenbaren. Die Wähler wollen und müssen wissen, woran sie mit einer Partei und ihren Exponenten sind. Die Wähler wollen nicht, daß die Parteien sich hinter einer Nebelwand von unverbindlichen Gemeinsamkeitsfloskeln verbergen. Die Wähler verlangen klare Sicht auf den Weg der Parteien.

Nun taucht in dieser Zeit auch die Frage nach der „Härte“ des Wahlkampfes auf. Wenn es darum geht, sogenanntes Parteiengezänk zu vermeiden, so kann die CDU/CSU nur zustimmen und darauf verweisen, daß sie von jeher Gegner eines solchen Gezänks gewesen ist. Sie wird auch in Zukunft in erster Linie ihr eigenes Programm und ihre politischen Ziele den Wählern vor Augen führen. Sie wird die Abgrenzung zum politischen Gegner klar und hart, aber fair vornehmen.

Der „faire“ Wahlkampf der SPD

Die SPD hat in letzter Zeit einen heftigen Feldzug gegen die CDU/CSU geführt, obwohl sie so viel von „Gemeinsamkeit“ spricht. Einige Beispiele für den angeblichen „Gemeinsamkeits“-Wahlkampf der SPD aus jüngster Zeit:

Bürgermeister Brandt beschimpfte den Kanzler am 27. Juli 1961 in Wanne-Eickel als „Drückeberger und Störenfried“.

Brandt beschimpfte den Kanzler am 21. Juni 1961 im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ als einen Mann, der „die eigentlichen Fragen nicht mehr erkennt“.

Brandt sagte ferner, es sei immer noch schwerer gewesen, in Berlin den Buckel für die Freiheit hinzuhalten, als „vom linken Rheinufer aus eine zusätzliche Spaltung in das Volk zu tragen“. Das sagt Herr Brandt, der das, was er „Buckel hinhalten“ nennt, nur deshalb tun kann, weil Bundeskanzler Dr. Adenauer durch die von Brandt befahdene NATO-Sicherheitspolitik ihm die Gelegenheit dazu gab.

Noch als Ulbrichts Schergen den Stacheldraht für die Absperrung Ost-Berlins heranrollten, schlug Brandt heftig auf den Kanzler ein. Er sagte am 12. August 1961 in Nürnberg: „Der alte Stil der Eigensucht, der Selbstge-

fälligkeit, der Unduldsamkeit, des Machtmißbrauchs, der Verleumdung, der Verketzerung muß überwunden werden ... dann gibt es einen Grund mehr, eine Regierung der Störenfriede abzulösen." Brandt warf der CDU/CSU ferner „geistigen Bankrott“ vor, und eine neue Adenauer-Regierung bezeichnete er als „Unglück für unser Volk“. Als der Kanzler sich in Regensburg gegen diese unerhörten Angriffe Brandts einmal zur Wehr setzte, wurde er von manchen scharf attackiert. Dabei hatte Dr. Adenauer nur darauf hingewiesen, daß Brandt auf seine bösen persönlichen Angriffe verzichten solle, wenn er nicht, nachdem man ihn bisher weitgehend geschont habe, eine kritische Durchleuchtung seiner eigenen politischen Vergangenheit riskieren wolle.

Nicht nur Brandt, auch andere Sozialdemokraten führen einen verbissenen Kampf gegen den Bundeskanzler und die CDU/CSU. Der SPD-Wehrexperte, Helmut Schmidt, z. B. nannte den Kanzler am 27. Mai 1961 in Sulzbach/Saar einen „Mann ohne Anstand“. Derselbe SPD-Abgeordnete Schmidt sagte am 25. Mai 1961 in Eutin: „Der Alte soll seine Schnauze halten. Wenn er nicht so alt wäre, hätte ich ihn schon längst geohrfeigt.“

Das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ beschimpfte den Kanzler am 28. Juni 1961 als „bitterbösen Greis“, als „greisen Rosenzüchter“ usw.

Der prominente Sozialdemokrat Dr. Heinemann sagte nach Ulbrichts Gewaltstreik am 13. August 1961 in Neustadt (lt. dpa): am Brandenburger Tor habe die Bundesregierung die Antwort auf ihre zwölfjährige falsche Deutschlandpolitik erhalten. Der führende Sozialdemokrat Heinemann lieferte damit den Kommunisten sogar ein Alibi für ihren verbrecherischen Anschlag.

Zu weiteren unerhörten Angriffen auf die Bundesregierung und die CDU/CSU verstieg sich Brandts Mannschaftsmitglied Brauer am 17. August 1961 in einem Rundfunkvortrag. Brauer sagte: die CDU/CSU plane so etwas wie Anschläge auf die freiheitliche demokratische Grundordnung. Bundesregierung und CDU/CSU seien bisher schon zu einer „Aushöhlung des demokratischen Staates“ geschritten. Brandts Mannschaftsmitglied Brauer versuchte damit, die Bundesregierung als demokratisch unzuverlässig zu verleumden. Und das in einem Augenblick, da die Bundesrepublik das uneingeschränkte Vertrauen der gesamten freien Welt braucht!

Man sieht, die SPD führt einen unerbittlichen, ja weithin unredlichen Wahlkampf. Wir werden bei einem redlichen Wahlkampf bleiben. Wir können allerdings der SPD eine klärende Auseinandersetzung nicht ersparen. Auch, ja gerade wegen der Berlinkrise nicht.

Brandt und die Berlinkrise

Die neue Berlinkrise hat Bürgermeister Brandt zu einem Brief an Präsident Kennedy veranlaßt. Brandt, der von allen Schritten der Bundesregierung hinsichtlich Berlin stets unterrichtet wurde, hat das Schreiben abgeschickt, ohne die Bundesregierung darüber zu informieren. Brandt hat damit den Grundsatz mißachtet, daß allein die Bundesregierung die völkerrechtliche Vertreterin der Außenpolitik ganz Deutschlands ist. Brandt hat damit Außenpolitik auf eigene Faust gemacht. Und was für eine Politik war das?

Brandt trat in seinem Schreiben dafür ein, einen Dreimächte-Status für West-Berlin zu schaffen. Was bedeutet das? Bei Verwirklichung von Brandts Vorschlag würden die Sowjets aus der Verantwortung für ganz Berlin auch rechtlich entlassen. Durch einen Verzicht auf den Viermächte-Status von Berlin würden wir die durch kommunistische Gewalt geschaffenen Tatsachen nachträglich auch noch anerkennen.

Das ist Willy Brandts neuester Beitrag zur Außenpolitik. In ihm zeigt sich im Grunde die gleiche gefährliche Kopf-

losigkeit und Verworrenheit, die die sozialdemokratische Politik seit Jahr und Tag kennzeichnet.

Hier nur noch ein Beispiel für die große Verworrenheit sozialdemokratischer Politik: Dieselbe SPD, die bis gestern jede Maßnahme zur Verteidigung gegen die kommunistische Bedrohung ablehnte, wirft jetzt der Bundesregierung vor, sie unterschätze das Ausmaß der kommunistischen Bedrohung.

Wir stellen fest: Die kommunistische Bedrohung besteht nicht erst seit dem 13. August 1961. Seit Jahren war die Politik der Bundesregierung darauf gerichtet, uns vor dieser Bedrohung zu schützen. Diese Politik war erfolgreich. Diese Politik aber hat die SPD leidenschaftlich bekämpft.

Wir erinnern uns: Nachdem Ulbrichts Handlanger vor Jahren die Zonengrenze abgeriegelt und den Todesstreifen gepflügt hatten, sagte die SPD einschließlich Willy Brandts nein zu einem deutschen Sicherheitsbeitrag, der uns allein vor der kommunistischen Aggression schützen konnte.

Nachdem die Kommunisten den Freiheitskampf unserer Landsleute und der Ungarn niedergewalzt hatten, sagte die SPD einschließlich Willy Brandts weiterhin nein zum deutschen Sicherheitsvertrag, der uns allein vor einer kommunistischen Unterjochung bewahren konnte.

Nachdem Chruschtschow 1958 seine Hand drohend nach West-Berlin ausgestreckt hatte, sagte die SPD einschließlich Willy Brandts immer noch nein zum deutschen Sicherheitsbeitrag, der allein mit dem NATO-Bündnis die Freiheit West-Berlins erhalten kann.

SPD-Politik gegen unsere Sicherheit

Ja mehr noch: Von derselben SPD, die heute der Bundesregierung indirekt Schlappheit im Umgang mit Kommunisten vorwirft, sprachen damals führende Politiker mit Chruschtschow von „Genosse“ zu „Genosse“. Wohlgermerkt: nach Chruschtschows Berlin-Erpressung!

Dieselben Sozialdemokraten, die heute die Bundesregierung fast der Weichheit zeihen, legten damals ihren verhängnisvollen „Deutschlandplan“ vor. Es war der Plan, mit dessen Hilfe Ulbricht nicht nur entscheidenden Einfluß auf West-Berlin, sondern auch auf die Bundesrepublik finden sollte.

Dieselben Sozialdemokraten, die heute mit vollem Recht das verbrecherische Ulbricht-Regime anklagen, traten noch 1959 für direkte Gespräche mit Pankow ein. Der heutige stellvertretende Spitzenkandidat der SPD, Professor Carlo Schmid, erklärte sogar laut „Vorwärts“ vom 15. Mai 1959, daß man es in der SED „nicht nur mit Gaunern zu tun“ habe, sondern auch „mit deutschen Patrioten“.

Dieselben Sozialdemokraten, die heute laut nach dem NATO-Schutz rufen, haben alles getan, um eine Stärkung dieser NATO, die West-Berlin schützen wird, zu verhindern. Sie haben, einschließlich Brandts, den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO abgelehnt. Sie haben die Wehrpflicht abgelehnt. Sie haben den Verteidigungshaushalt Jahr für Jahr abgelehnt.

Nur ein paar SPD-Außerungen zur Verteidigungspolitik seien ins Gedächtnis zurückgerufen:

Der SPD-Parteitag in Hessen-Süd faßte im März 1956 eine Entschließung, in der nach einer Meldung der „Frankfurter Neuen Presse“ vom 12. März 1956 „mit Genugtuung festgestellt“ wurde, daß es „dank des zähen Widerstandes der SPD-Bundestagsfraktion gelungen sei, den Zeitplan der Bundesregierung für die Aufstellung von westdeutschen Streitkräften um entscheidende Jahre aufzuhalten“.

Am 17. Februar 1961 verlangte das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ sogar noch „Abstriche am Wehretat“. Und

noch am 28. Mai 1961 diffamierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Merten in Grünberg den Bundeskanzler als „Säbelraßler“.

Zur Berlin-Frage selbst sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Kalbitzer nach Chruschtschows Berlin-Ultimatum am 13. März 1959 im „Vorwärts“: „Die Amerikaner und Engländer haben nach dem Berliner Ultimatum der Sowjets begriffen, daß die bisherige Politik sie in eine unhaltbare Lage verstrickt hat und daß sie nur durch rechtzeitige Aufgabe überholter Positionen wieder politisch aktionsfähig werden können.“ Kalbitzer meinte dann unmißverständlich, auch die Bundesregierung müsse in dieser Frage „fortgeschwemmte Positionen“ räumen.

Wir stellen fest: der führende Sozialdemokrat Kalbitzer wollte 1959 in Berlin „überholte Positionen“ aufgeben.

URSACHEN UND ZUSAMMENHÄNGE DER HEUTIGEN LAGE DEUTSCHLANDS

Der zweite, von Hitler begonnene Weltkrieg hatte nicht nur die Spaltung Deutschlands, sondern die Teilung der ganzen Welt in den kommunistischen Block, die freien, westlich orientierten Völker und eine Anzahl ganz oder teilweise neutraler Staaten zur Folge. Die kommunistischen Staaten stehen unter Führung der Sowjetunion, Führungsmacht der Freien Welt sind die Vereinigten Staaten. Die Fortdauer, ja Vertiefung dieser globalen Kluft beruht auf dem Gegensatz der beiden Blöcke.

Der Machtanspruch und die Taktik des Kommunismus

Die Wurzel dieses Gegensatzes ist der Machtanspruch des Kommunismus, die ganze Welt seiner totalen Herrschaft und damit der totalen Unfreiheit zu unterwerfen. Auf dem Wege dazu ist für ihn die Beherrschung ganz Deutschlands das entscheidende Teilziel. Ist ganz Deutschland kommunistisch beherrscht, so wird auch ganz Europa kommunistisch. Lenin nannte Deutschland den Schlüssel zu Europa. „Und haben wir Europa“, fügte er hinzu, „dann haben wir die ganze Welt!“

Hieran hat sich bis heute nichts geändert. So sagte Chruschtschow am 12. Juli 1958 vor der SED:

„... wir sehen bereits am Horizont unser Endziel — den Sieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt, den Sieg der Idee des Kommunismus.“

Und in der Erklärung der kommunistischen Parteien vom 6. Dezember 1960 heißt es dazu ausdrücklich:

„Die kommunistischen Parteien ... warten nicht passiv auf den Sieg des Sozialismus. Die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut (nämlich die kommunistische Partei — d. Red.) werden in dem Bewußtsein, daß die Hauptlast des Kampfes um die Befreiung ihres Volkes vom Joch des Kapitals auf ihren Schultern liegt, die Offensive gegen die Herrschaft der Unterdrückten und Ausbeuter auf allen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Ideologie eines jeden Landes immer energischer führen. In diesem Kampf werden die Massen auf die entscheidenden Schlachten für den Sturz des Kapitalismus, für den Sieg der sozialistischen Revolution vorbereitet und werden dafür die Bedingungen geschaffen.“

Die angeführten Zitate verweisen auch auf die kommunistische Taktik zur Erreichung ihres Zieles auf allen Wegen, mit allen Mitteln, in jedem Land:

diplomatisch (hinhaltende Konferenzen, Trennung verbündeter Gegner durch unterschiedliches Verhalten der Sowjets);

Die Bundesregierung und ihre Verbündeten waren damals und sind heute unter gar keinen Umständen bereit, die „Positionen“ in West-Berlin aufzugeben.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat damals keine andere Politik geführt als heute: Es war und ist die Politik der Besonnenheit und der Festigkeit. Es war und ist die Politik des Friedens und die Politik zur Erhaltung der Freiheit. Es war und ist die Politik der Sicherheit, die von der SPD mit allen Mitteln bekämpft worden ist.

Diese von der SPD abgelehnte NATO-Sicherheitspolitik von Bundeskanzler Dr. Adenauer und CDU/CSU hat am 13. August 1961 Ulbrichts Panzer gezwungen, am Brandenburger Tor haltzumachen. Die von der SPD bekämpfte NATO-Sicherheitspolitik von Adenauer und CDU/CSU hat uns und West-Berlin zwölf Jahre die Freiheit gesichert, hat uns und West-Berlin den Frieden erhalten.

durch Täuschung (gefälschte Statistiken und Nachrichten aus dem Ostblock);

durch Drohung (Ultimaten);

wirtschaftspolitisch (Dumping);

militärisch (Überfälle, Interventionen).

Zur politischen Taktik gehört auch die These von der „friedlichen Koexistenz“. Die kommunistischen Parteien erklärten dazu am 6. Dezember 1960:

„Der Kurs auf die friedliche Koexistenz bedeutet Mobilisierung der Massen, tatkräftige Aktionen gegen die Feinde des Friedens.“ — „Die Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern.“ — „Friedliche Koexistenz von Staaten bedeutet keine Versöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie, sie setzt vielmehr einen verstärkten Kampf der Arbeiterklasse und aller kommunistischen Parteien für den Triumph der sozialistischen Ideen voraus.“

Sammlung des Westens in einer Notwehrgemeinschaft

Die Berliner Blockade, der Prager Putsch von 1948, die Zurückweisung des Marshall-Plans für die Satellitenstaaten, schließlich der Korea-Überfall gaben dem Westen den Anstoß zum Zusammenschluß in einem Notwehrbündnis: der NATO.

Der Kommunismus unter Führung der Sowjetunion hatte sich bis tief nach Mitteleuropa ausgedehnt. Er versuchte alles, diesen Machtbereich zu konsolidieren und in aller Welt schwache Stellen zu finden, um sich weiter auszu dehnen.

Die Sowjetunion war hochgerüstet. Sie hatte nach dem Kriege nicht nur ihren bisherigen Rüstungsstand beibehalten, sondern alle Anstrengungen unternommen, ihre militärische Rüstung weiter auszubauen und zu modernisieren. Vor allem war sie bestrebt, die USA auf dem Gebiet der Atomwaffen einzuholen; 1947, also 2 Jahre nach den USA, hatten die Sowjets die erste Atombombe und arbeiteten weiter mit Hochdruck an dieser Waffe sowie an der Schaffung von Trägermitteln dafür.

Die Westmächte hatten im Gegensatz dazu seit 1945 im Vertrauen darauf, daß der Weltfrieden gesichert sei, abgerüstet. Die USA hatten zwar einen erheblichen Vorsprung vor der Sowjetunion auf dem Gebiet der Atomwaffen. Sie waren jedoch im Jahre 1946 bereit, ihre ato-

maren Waffen einer Weltkontrolle zu unterwerfen, um so ein für allemal die Möglichkeit eines Atomkrieges auszuschließen. Dieser Plan (Baruch-Plan) scheiterte jedoch am Widerstand der Sowjetunion, die unkontrolliert am Auf- und Ausbau einer eigenen Atomstreitmacht weiterarbeiten wollte.

Auf dem Gebiet der nicht-atomaren, herkömmlichen (konventionellen) Waffen hatten die Westmächte schon fast vollständig abgerüstet. Die USA-Armee war nach dem Kriege bis auf wenige Einheiten, die vornehmlich als Besatzungstruppen in Deutschland und Japan stationiert waren, nahezu aufgelöst worden. Die anderen Westmächte hatten noch genug mit der Beseitigung der Kriegsfolgen zu tun, als daß sie sich große Armeen hätten leisten können. Westdeutschland hatte überhaupt keine Streitkräfte. (Im Gegensatz dazu war der Aufbau von kommunistischen Streitkräften in der sowjetischen Besatzungszone seit 1948 bereits im vollen Gange!)

Diese Situation war für Westeuropa und den ganzen Westen lebensgefährlich. Besonders gefährlich war die Lage für Westdeutschland: Die Beherrschung ganz Deutschlands ist für die Kommunisten sowohl seines Wirtschaftspotentials, als auch seiner strategischen Lage wegen von ungeheurer Wichtigkeit.

Nur, wenn man sich alle diese Tatsachen vor Augen führt, kann man voll ermessen, in welcher gefährlicher Lage sich die Bundesrepublik Deutschland, Europa und die ganze freie Welt um das Jahr 1950 befanden. Die westlichen Mächte mußten sich zu einem wirkungsvollen Bündnis zusammenschließen, da jedes Land für sich allein diese gefährvolle Situation nicht hätte meistern können.

Konsequenzen für Deutschland

Aus dieser Lage ergaben sich für Deutschland ganz deutlich folgende Tatsachen:

1. **Die Spaltung Deutschlands ist ein weltpolitisches Problem.** Eine Lösung durch uns allein („Deutsche an einem Tisch“) ist nicht möglich. Die Spaltung Deutschlands ist Erscheinung der Spaltung Europas und der ganzen Welt. Sie wurzelt in dem kommunistischen Streben nach Weltherrschaft. Daraus ergeben sich die verteidigungspolitischen Aufgaben für die Bundesrepublik Deutschland, die als Voraussetzungen für die Wiedervereinigung in Frieden und gesicherter Freiheit anzusehen sind.
2. **Wir müssen zunächst unsere eigene Freiheit bewahren.** Sie ist vom kommunistischen Machtstreben bedroht, daher müssen wir alles tun, um sie zu schützen und zu sichern. Nur so verhindern wir eine weitere Ausdehnung des Kommunismus und behalten die erste Voraussetzung zur Wiedervereinigung in Freiheit. Gleichzeitig damit leisten wir einen Beitrag zur Sicherung Europas und der freien Welt.

Die Bewahrung und Sicherung unserer Freiheit verlangen: ideelle Bereitschaft zur Verteidigung, materielle und personelle Anstrengungen zur Verteidigung, starke und sichere Verbündete.

3. **Die Wiedervereinigung hängt von unserer eigenen weltpolitischen Rolle ab.** Wenn die Wiedervereinigung ein weltpolitisches Problem ist, kann sie auch nur durch die Weltpolitik erreicht werden. Wir brauchen also Partner in der freien Welt, die bereit sind, das oberste Ziel der deutschen Politik zu einem Programmpunkt ihrer eigenen Politik zu machen. Das ist nur durch enge Bündnisgemeinschaft möglich, die ein gegenseitiges Bindungsverhältnis schafft. Nur wenn wir selber auch als Partner Geber sind, können wir auch Empfänger sein.

Seit 1949 arbeitet die CDU/CSU-Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Dr. Adenauer folgerichtig an den Aufgaben, die sie klar erkannt hatte: Es kam darauf an, die Bundesrepublik als sozialen Rechtsstaat in

freiheitlich-demokratischer Grundordnung aufzubauen, Wohlstand für die Bevölkerung zu schaffen und diesen neuen Staat wieder bündnisfähig und vertrauenswürdig für die übrige Welt zu machen. Diesen Aufgaben ist die Bundesregierung in einem Ausmaß gerecht geworden, das alle anfänglichen Erwartungen überstieg. Die bisherigen Wahlen zeigten auch, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik gegen den Kommunismus nahezu immun geworden ist.

Wenn die Bundesrepublik damit auch ihre innere Stabilität erlangt hat, so ist sie allein doch nicht sicher gegen einen kommunistischen Angriff von außen. Erst wenn den Kommunisten eindeutig klar ist, daß sie auf keinem Wege irgendeine Chance haben, die Bundesrepublik in ihren Machtbereich einzubeziehen, ist die Sicherheit der Bundesrepublik gewährleistet und damit die wichtigste Voraussetzung für eine Wiedervereinigung in Freiheit geschaffen.

Unser Verteidigungsbeitrag ist militärisch notwendig

Ohne das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland kann in Westeuropa kein zusammenhängendes, funktionsfähiges Verteidigungssystem aufgebaut werden. Den übrigen Staaten Westeuropas fehlte es sonst an Verbindung (Skandinavien) und es fehlte auch an dem für den Nachschub und die Reserven notwendigen Hinterland. Die Westmächte sind ohne die Bundesrepublik auch nicht in der Lage, die für eine wirksame Verteidigung erforderlichen Streitkräfte zu stellen. Die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland ist somit für das westliche Verteidigungssystem unabdingbar erforderlich.

Aus diesen Gründen sind Pläne, die die praktische Herauslösung der Bundesrepublik aus dem Verteidigungssystem des Westens vorsehen, für uns nicht annehmbar, selbst wenn auf östlicher Seite einige Gebiete aus dem sowjetischen Militärsystem herausgenommen werden sollten (Rapacki-Plan). Während auf westlicher Seite das Verteidigungssystem unwirksam gemacht werden würde, hätte der Osten nur einige operative Nachteile in Kauf zu nehmen, die seine Lage nicht entscheidend verschlechtern.

Unser Verteidigungsbeitrag ist eine moralische und politische Pflicht

Unsere Freiheit ist mit der Freiheit Westeuropas und der ganzen Welt unmittelbar verknüpft. Innerhalb dieser Schicksalsgemeinschaft muß jeder Partner gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. Es ist den Westmächten nicht zuzumuten, sich für unsere Sicherheit einzusetzen, für unsere Sicherheit Soldaten zu stellen und auszubilden, während wir die Hände in den Schoß legen.

Der zweite Weltkrieg ist von Hitler in Deutschlands Namen geplant und angezettelt worden. Durch diesen Krieg kam die Sowjetunion in die Lage, den Machtbereich des Weltkommunismus auf Ost- und Mitteleuropa auszudehnen. Die Bundesrepublik Deutschland ist auch aus diesem geschichtlichen Grunde verpflichtet, dazu beizutragen, die Sicherheit des freien Teils von Europa durch einen eigenen Beitrag mitzugewährleisten.

Gleichberechtigter NATO-Partner

Zunächst sollte der deutsche Verteidigungsbeitrag nicht durch Aufstellung einer eigenen, nationalen deutschen Armee geleistet werden, sondern innerhalb einer voll integrierten europäischen Armee. Dieser Plan einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte an dem damaligen Widerstand in Frankreich im Jahre 1954.

1955 trat die Bundesrepublik Deutschland aufgrund der nun abgeschlossenen Verträge in die NATO und in die Westeuropäische Union (WEU) ein. Damit wurde sie gleichberechtigter Bündnispartner folgender Länder: USA, Kanada, Island, Großbritannien, Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Italien, Dänemark, Norwegen, Griechenland, Türkei und Portugal. Sie ist damit Partner des umfassendsten und stärksten Verteidigungsbündnisses der Welt.

Gemäß ihren vertraglichen Verpflichtungen begann die Bundesrepublik 1955 mit der Aufstellung der, sondern alle Anstrengungen unternommen, ihre NATO — reinen Verteidigungscharakter. Das ist auch aus ihrem Aufbau und ihrer Ausrüstung ersichtlich: So verfügt die Bundeswehr über keine schweren Bomber; die deutschen Seestreitkräfte haben keine großen Einheiten; die Bundesrepublik hat auf die Produktion und Entwicklung von ABC-Waffen verzichtet. Auch ist in der Bundesrepublik keine nennenswerte Rüstungsindustrie vorhanden.

Im Sommer 1956 wurde in der Bundesrepublik die Wehrpflicht eingeführt. Die Entscheidung für die Wehrpflicht war und ist staatspolitisch notwendig: Die Bedrohung durch den Kommunismus geht jeden von uns an, denn sie ist total und allumfassend. Die Verteidigung darf daher nicht einer bestimmten Personengruppe allein anvertraut werden, die von Berufs wegen zur Verteidigung bereitsteht, den Berufssoldaten. Diese sind zwar auch notwendig, weil ein modernes Heer sie und ihr Können einfach braucht. Die Verteidigung muß jedoch Sache der Gesamtbevölkerung sein und jeder, der zur Verteidigung in der Lage ist, zu dieser staatsbürgerlichen Grundpflicht herangezogen werden. Auf diese Weise wird auch der Gefahr vorgebeugt, daß die Armee zum „Staat im Staate“ wird.

Die Wehrpflicht ist auch militärisch notwendig. Für den Aufbau eines wirksamen Verteidigungssystems reicht ein Freiwilligenheer nicht aus. Eine ausreichende Anzahl von Soldaten wäre auf diese Weise angesichts der Vollbeschäftigung und des akuten Mangels an Arbeitskräften nicht zu stellen und ein sogenanntes Milizsystem einzuführen, wie es von Seiten der SPD vertreten worden ist, in dem die wehrfähige Bevölkerung nur neben ihrer Berufstätigkeit oder höchstens in kurzen Ausbildungslehrgängen die notwendigen militärischen Kenntnisse und Fähigkeiten erhält, ist heutzutage völlig ausgeschlossen. Eine moderne, mit komplizierten technischen Ausrüstungen versehene Armee bedarf einer längeren, gründlichen Ausbildung ihrer Soldaten. Das Milizsystem ist eine Einrichtung früherer Zeiten und wird den heutigen Erfordernissen nicht mehr gerecht.

Damit der Westen bei einer begrenzten, örtlichen Aggression oder Herausforderung des Ostens nicht vor der Alternative steht, entweder mit den totalen Vernichtungswaffen antworten oder die begrenzte Aggression hinnehmen zu müssen, ist ein starkes Heer notwendig. Nur so kann auch ein begrenzter, nicht mit Atomwaffen geführter Angriff abgewehrt werden. Der Gegner ist so außerstande, sich in der sogenannten Salami-Taktik Scheibe für Scheibe abzuschneiden, sich Stück für Stück vorzuarbeiten. Die Wehrpflicht trägt also auch entscheidend dazu bei, die Gefahr eines Atomkrieges mit strategischen Atomwaffen zu verringern.

Die Bewaffnung mit Mehrzweckwaffen

1958 hat der Bundestag beschlossen, die Bundeswehr mit taktischen Waffen (Mehrzweckwaffen) auszurüsten, durch die auch atomare Sprengköpfe abgeschossen werden können. Angesichts der Tatsache, daß die sowjetische Armee mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet wurde, sah sich die NATO veranlaßt, ihre Streitkräfte gleichwertig auszurüsten. Da die Bundeswehr einen sehr we-

sentlichen Teil der westlichen Verteidigungsfront innehat, ergab sich die Notwendigkeit, auch die Bundeswehr den Sowjets gleichwertig mit den modernsten Waffen auszustatten. Durch diese Ausrüstung wird die Zahl der Atom-mächte nicht vermehrt. Die Bundeswehr erhält nur die Waffen, mit denen notfalls auch atomare Sprengköpfe abgeschossen werden können; die atomaren Sprengköpfe selbst bleiben unter Verschluss und im Eigentum der USA, schon weil die amerikanischen Gesetze es nicht zulassen, diese Sprengköpfe anderen Staaten zu überlassen.

Jeder mögliche Gegner muß daher jederzeit und überall damit rechnen, daß auch taktische Atomwaffen gegen ihn angewandt werden. Das Risiko für seinen Angriff erhöht sich so, daß er nicht mehr mit einem Erfolg rechnen kann.

Mit nicht atomar ausgerüsteten Streitkräften sich gegen einen atomar ausgerüsteten Angreifer verteidigen zu wollen, ist eine reine Illusion. Es ist auch den Soldaten, die zu unserer Verteidigung bereitstehen, nicht zuzumuten, gegen einen ihnen in der Ausrüstung weit überlegenen Angreifer antreten zu sollen. Solange noch keine allgemeine, kontrollierte Abrüstung erreicht werden konnte, wird unsere Sicherheit nur dadurch gewährleistet, daß unsere Streitkräfte mit den modernsten Waffen zur Verteidigung bereitstehen.

Durch den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland ist die Sicherheit Europas und damit unsere eigene Sicherheit jetzt weitgehend gewährleistet. Es müssen jedoch noch weitere große Anstrengungen unternommen werden, um diese Sicherheit zu festigen und auch für die Zukunft zu gewährleisten.

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit den Westmächten verbündet und befreundet. Die Westmächte haben uns ihr Vertrauen gegeben und wir können den Westmächten vertrauen.

Wenn aber über diese Politik in der Bundestagswahl eine Entscheidung gefällt werden soll, muß man die ergänzende Frage stellen: Wie stünde es mit unserer Sicherheit, und wären wir überhaupt noch frei, wenn wir nicht in der freien Welt Freunde und Verbündete hätten; wenn wir keinen Beitrag zu unserer und unserer Verbündeten Sicherheit geleistet hätten; wenn wir die Bundeswehr nicht aufgestellt und mit modernsten Waffen ausgerüstet hätten?

Die Opposition gegen die deutsche Verteidigungspolitik

Die SPD hat von Anfang an bis heute zu allen Entscheidungen der Bundesregierung und CDU/CSU, die unser Bündnis mit den freien Ländern des Westens schufen und den notwendigen deutschen Verteidigungsbeitrag ermöglichen, nur nein gesagt. Und wie heißt es heute in dem „Regierungsprogramm“ der SPD?

„Die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik auf der Seite des Westens ist unverrückbar. Das schließt ein die korrekte Erfüllung aller außenpolitischen Verträge und die Treue zum atlantischen Verteidigungsbündnis“ (Sonderdruck, Seite 36).

Ein größerer Widerspruch, wie zwischen dem, was die SPD bisher getan hat, und dem, was sie jetzt sagt, läßt sich nicht denken.

Heute schreibt der SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt (Hamburg) in seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung“, März, 1961 durchaus richtig:

„Der von der Sowjetunion gesteuerte Weltkommunismus ist (und wird es wahrscheinlich auf lange Zeit bleiben) eine auf weltweite Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtete Kraft. Er ist nicht nur objektiv, sondern auch seinem Selbstverständnis nach aggressiv und revolutionär“ (Seite 60).

Was sagten sozialdemokratische Politiker früher zu dieser allumfassenden, drohenden Gefahr?

SPD-Abgeordneter Erler im Mai 1958 in Stuttgart:

„Da startt man immer wieder auf die (sowjetischen) Divisionen, die angeblich das Herz Europas bedrohen ...“

SPD-Abgeordneter Dr. Menzel am 9. August 1957 in Steinfeld:

„Die Kriegsgefahr kommt nicht aus dem Osten, sondern durch die Aufrüstung aus dem Westen.“

Die SPD scheute sich also nicht, die bestehende, für jeden sichtbare kommunistische Gefahr zu verniedlichen; nur um ihre unhaltbare Position zu rechtfertigen. Und die SPD wandte sich mit aller Kraft gegen den Eintritt der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem.

Carlo Schmid am 3. Mai 1957 in einem Interview mit der Pariser Zeitung „Combat“:

„Wenn wir nach den Wahlen zur Regierung kommen, werden wir sofort die Initiative ergreifen, das heißt, wir werden einfach die NATO verlassen.“

SPD-Abgeordneter Erler im Bundestag am 26. Juni 1958:

„Wir waren weder für den Eintritt in die NATO, noch für die EVG! Zu keiner Stunde! Das ist die Wahrheit.“

SPD-Abgeordneter Merten im Mai 1958 in Stuttgart auf dem SPD-Parteitag:

„... die Bundesrepublik ist Mitglied des Militärbündnisses der NATO. Wir Sozialdemokraten bedauern das. Wir haben mit allen Mitteln versucht, diese Entwicklung zu verhindern.“

Ähnlich war die Haltung der SPD zur Wehrpflicht.

SPD-Abgeordneter Dr. Menzel am 1. November 1956 in Elmshorn:

„Das Nein zur Wehrpflicht kommt der Weigerung zur Ausbildung von Massenmördern gleich.“

Ein Delegierter auf dem SPD-Parteitag in Godesberg im November 1959(!):

„Die allgemeine Wehrpflicht ist heute die staatliche Nötigung zur Sünde.“

Der 2. Vorsitzende der SPD, Wehner, am 17. April 1957 in Winsen/Luhe:

„Die SPD wird die Wehrpflicht wieder abschaffen, wenn sie an die Regierung kommt. Dieser Beschluß ist unumstößlich.“

Die SPD hat in einer maßlosen Propagandakampagne gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Mehrzweckwaffen Stellung genommen. Das ging so weit, daß der SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt (Hamburg) sich für einen Generalstreik einsetzte.

„Hamburger Echo“ (SPD-Organ vom 15. August 1958:

„Schmidt erklärte, daß der Kampf der SPD (gegen die Atomausrüstung) keine taktische Maßnahme gewesen ... (sei). Der Redner setzte sich dafür ein, in dem Fall, wo es hart auf hart gehe, für Bonn, Washington und Moskau sichtbar zu zeigen, daß der SPD die Sache ernst sei.“

Man sollte dann nicht zögern, doch ruhig einmal die Wirtschaft für 24 Stunden lahmzulegen.“

Der 1. Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, im November 1960 auf dem SPD-Parteitag in Hannover:

„Es bleibt Grundlage und Bestandteil unserer Politik: Wir lehnen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab.“

Und was steht in dem „Regierungsprogramm“ der SPD? Ist die SPD jetzt für oder gegen die moderne Bewaffnung der Bundeswehr?

Im „Regierungsprogramm“ steht gar nichts darüber.

Kurswechsel der SPD?

Die Äußerungen maßgeblicher Politiker der SPD in der Vergangenheit und in der Gegenwart weisen fundamentale Unterschiede auf:

Früher: Verneinung der Bedrohung durch den Kommunismus auch durch militärische Mittel.

Heute: Anerkenntnis der Bedrohung auch in dieser Form.

Früher: Völlige Ablehnung der Wiederbewaffnung und Standpunkt „Ohne mich“.

Heute: Bejahung der „Landesverteidigung“.

Früher: Ablehnung der NATO.

Heute: Offiziell Zustimmung zur NATO — aber viele zweideutige Einzelaussagen sozialdemokratischer Politiker.

Die SPD ist uns allen bisher jede Erklärung für diese Unterschiede schuldig geblieben. Nicht ein maßgeblicher Politiker der SPD hat sich bisher dazu geäußert, wieso die SPD ihre Auffassung derart gewandelt habe. Kein Politiker der SPD hat bisher erklärt, warum heute die kommunistische Bedrohung gefährlicher sei als etwa 1955. Die SPD wird diese Erklärung auch nicht geben können, weil sie sachlich nicht gegeben werden kann. Die SPD muß sich mithin schon vorhalten lassen, daß diese Wandlung allein wahltaktisch bedingt ist.

Daß dieser Vorwurf berechtigt ist, ergibt sich auch aus folgenden Äußerungen: Erler sagte auf dem SPD-Parteitag in Hannover im November 1960:

„Binden Sie einer künftigen sozialdemokratischen Bundesregierung doch nicht jetzt und im Wahlkampf Klötze ans Bein ...“

Und der Delegierte Mattis sagte dort:

„Wir müssen uns daran gewöhnen, daß das, was wir erstreben, nicht gleichzeitig das Regierungsprogramm sein soll und daß wir unseren Genossen, die einmal die Regierung bilden werden, die Hände frei lassen müssen für eine Entscheidung.“

Die Konzeption der SPD ist trotz jetziger Bejahung der NATO noch immer in sich völlig unklar und für uns alle höchst gefährlich. Helmut Schmidt (Hamburg) schreibt in seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ (Seite 197):

„Ein Optimum unserer Verteidigungspolitik und Strategie wäre daher die Herstellung einer Rüstungsstruktur, die zur Offensive offensichtlich ungeeignet, gleichwohl aber zur Verteidigung unseres Gebietes unmißverständlich ausreichend ist; ein auf allgemeiner Wehrpflicht beruhendes Milizsystem könnte unter diesem Gesichtspunkt einem auf allgemeiner Wehrpflicht beruhenden stehenden Heer durchaus vorzuziehen sein. Bis zu welchem Grade eine solche „ideale“ Kombination möglich wäre, bleibt immer noch ernsthaft zu prüfen.“

Demgegenüber heißt es in dem parteioffiziellen Kommentar zum Godesberger Grundsatzprogramm von Sängers (erschienen 1960, Seite 45):

„Der Parteitag in Godesberg lehnte die Anträge ab, die eine Miliz an Stelle der Bundeswehr forderten und auch die, die eine allgemeine Wehrpflicht festzulegen trachteten.“

Hier handelt es sich aber nicht um ein Spiel mit Worten. Hier handelt es sich auch nicht um eine verschiedene Beurteilung der Lage. Hier handelt es sich auch nicht um

verschiedene politische Ansichten. Hier geht es um die Sicherung unserer Freiheit und damit eine wesentliche Voraussetzung zur Wiedervereinigung. Eine Partei, die in dieser für uns alle so entscheidenden Frage nicht klar weiß, was sie will, kann und darf nicht mit der Regierungsverantwortung betraut werden. Dies wäre für uns und den ganzen freien Westen geradezu lebensgefährlich. Daher hat auch heute noch der Ausspruch des Bundeskanzlers seine Richtigkeit: „Ein Wahlsieg der Sozialdemokraten bedeutet den Untergang Deutschlands.“

Auch morgen sicher leben!

Die Christlich-Demokratische Union/Christlich-Soziale Union hat in der Bundesrepublik seit 1949 unter Führung

Konrad Adenauers eine wirklichkeitsnahe, klare und folgerichtige Politik vertreten. Sie hat zur rechten Zeit die Lage erkannt und die notwendigen Entscheidungen getroffen. Sie hat dies gegen den erbitterten Widerstand der SPD getan und manchmal auch sehr unpopuläre Maßnahmen treffen müssen. Die CDU/CSU hat damit ihr Verantwortungsbewußtsein bewiesen.

Das Ergebnis dieser Politik ist für jeden erkennbar: Wir genießen in der Welt wieder Vertrauen und haben Freunde. Wir sind gleichberechtigte Verbündete der freien Welt und leisten unseren Beitrag zur Verteidigung unserer Freiheit und damit auch der Freiheit Europas und des Westens. Damit hat die CDU/CSU eine wesentliche Voraussetzung zur Wiedervereinigung geschaffen. Diese Politik wollen wir klar und konsequent fortsetzen.

DIE GRUNDLAGEN UND ZIELE UNSERER WIRTSCHAFTS-, FINANZ- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK

Referat auf dem 3. Wirtschaftstag der CDU/CSU in Frankfurt/Main

von Bundesminister der Finanzen Franz Etzel

Die CDU/CSU hat von den ersten Tagen ihres Bestehens an darum gerungen, den Stil einer modernen Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die sich als Bestandteil einer gesellschaftlichen Gesamtordnung begreift.

Der erste Versuch war das Ahlener Programm, ein tastender erster Versuch. Es hat viele Freunde und viele Feinde gefunden. Ich stelle sachlich fest, daß es in seiner elastischen Art mindestens nirgendwo den Aufbau unserer Wirtschaft behindert hat, ganz sicher aber in der damaligen Zeit als ein Ordnungsversuch überhaupt ein wichtiger Baustein für den Weg in die Zukunft war und uns vor mancher Entgleisung bewahrte.

Später, 1949, haben wir in der Zeit der Währungsreform die Düsseldorfer Leitsätze erarbeitet und verkündet. Mit ihnen stellte sich die CDU/CSU besonders hinsichtlich ihrer Einstellung zum Wettbewerb auf den Boden der Lehre Euckens und der Freiburger Schule. Wir akzeptieren damit als Partei den Weg, den unser Freund Erhard und die damalige Fraktion der CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat in der praktischen Wirtschaftspolitik bereits gegangen waren. Wir gaben diesem Weg mit den Düsseldorfer Leitsätzen auch die politische Sanktion, zunächst für die erste und dann für die beiden weiteren Legislaturperioden. Auch für die weitere Zukunft wird diese „Soziale Marktwirtschaft“ das Leitbild unserer Arbeit sein.

Der soziale Rechtsstaat

Sie ist ein wesentlicher Teil des ihr adäquaten Gesellschaftsbildes, das in unserer Verfassung im „Sozialen Rechtsstaat“ seine Verankerung gefunden hat, mit dem wir uns vom „Wohlfahrtsstaat“ abgrenzen. Im sozialen Rechtsstaat übernimmt der Einzelne das Risiko seines Lebens und seiner Existenz in Wahrung der Würde des Menschen und der Freiheit. Er trägt die Verantwortung für sich und seine Familie, für seine Mitmenschen und für die Gemeinschaft. Das Wagnis, das letzte Wagnis des Lebens, will unser Staat seinen Bürgern nicht abnehmen.

Unser Gesellschaftsbild erfordert eine Rechts- und Wirtschaftsordnung, die jedem eine verbürgte Chance gibt, aus sich und seiner Leistungsfähigkeit das Beste zu machen und frei zu sein. Das Fundament des sozialen Rechtsstaates ist die persönliche Freiheit, die durch wirtschaftliche Unabhängigkeit gefördert wird. Wirtschaftliche Unabhängigkeit beruht weitgehend auf dem privaten

Eigentum, das in breiter Streuung viele Tüchtige erwerben können. Der soziale Rechtsstaat dient dem Rechtsfrieden und der Gleichheit vor dem Recht und der sozialen Gerechtigkeit.

Unser Gesellschaftsbild vom sozialen Rechtsstaat hat aber auch das christliche Gebot: „Einer trage des andern Last“ aufgenommen. Der auf seinen eigenen Füßen stehende Staatsbürger ist zwar das Fundament unserer Gesellschaft (sein Fleiß und seine Leistung werden geschützt), die soziale Gerechtigkeit, die Solidarität haben aber dafür zu sorgen, daß dem schuldlos zu kurz Gekommenen geholfen wird, und das in einem doppelten Sinne:

Derjenige, der nur vorübergehend sich nicht selbst helfen kann, hat Anspruch auf „Hilfe zur Selbsthilfe“; derjenige, der sich schuldlos und, ohne daß ihm die Familie helfen könnte, überhaupt nicht helfen kann, erhält Hilfe zu einem würdigen Leben nach dem Satz, daß „einer des andern Last“ zu tragen habe.

Sicherheit zu fordern, ist das Recht der wirtschaftlich Schwachen. Sicherheit zu gewähren und damit Risiko und Verantwortung zu tragen, ist Pflicht der wirtschaftlich Stärkeren. Wenn jeder Sicherheit fordert, kann nur das Kollektiv die Sicherheit gewähren.

So bilden sich — um ein Bild zu gebrauchen — drei konzentrische Ringe:

Im ersten Ring befinden sich diejenigen, denen die Gnade geschenkt ist, aus eigener Kraft ihr Leben in Freiheit zu gestalten.

Im zweiten Ring befinden sich die Menschen, die nur vorübergehend in Not und Hilfsbedürfnis sind und die die Chance haben, wieder in den ersten, den inneren Kreis einzurücken. Sie erhalten „Hilfe zur Selbsthilfe“, bis sie sich selbst helfen können.

Der soziale Rechtsstaat aber gibt im dritten Ring allen endgültige Hilfe, welche sich schuldlos nicht selbst helfen können (einer trage des andern Last).

Abgrenzung gegenüber Sozialismus und Liberalismus

Aus dieser Vorstellung ergeben sich für unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik eindeutige Konsequenzen. Wir haben den Weg, der zum sozialen Rechtsstaat führt, marktwirtschaftlich geordnet. In unserer Sozialen Markt-

wirtschaft wurde die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine selbstverantwortliche Ordnung gebracht, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit mit sich bringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommen. Echten Leistungswettbewerb sehen wir in einer Wirtschaftsordnung, in der bei gleichen Chancen und fairen Wettbewerbsbedingungen die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert.

Wir haben damit der Planwirtschaft abgesagt. Es bleibt das unvergessene Verdienst unseres Freundes Erhard und unserer im Frankfurter Wirtschaftsrat tätigen Freunde, daß sie 1947 und 1948 uns aus den Fesseln der Planwirtschaft befreiten. Wir schulden ihnen dafür Dank. Ich will hier nur mit einem einzigen Satz an den geradezu grotesken Kampf erinnern, den die SPD gegen uns führte. Dieser Fehlentscheidung der SPD gab der deutsche Wähler in drei Wahlentscheidungen die Quittung.

Mit unserem Ordnungsbild der Sozialen Marktwirtschaft haben wir uns aber auch in einen klaren Gegensatz zur „freien Wirtschaft“ alter liberalistischer Prägung gestellt. Zunächst sind wir der Ansicht, daß die Wirtschaftsordnung weder ein Geschenk des Himmels noch ein Ergebnis des Zufalls ist. Einer bestimmten Gesellschaftsordnung entspricht eben eine bestimmte Wirtschaftsordnung. Diese Wirtschaftsordnung um der Gesellschaftsordnung willen zu erhalten und zu entwickeln, ist eine politische Aufgabe ersten Ranges. Wir bekennen uns dementsprechend zu einer bewußten Ordnungspolitik, die den Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit absteckt. Ihre Aufgabe ist es, eine harmonische Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten und grobe Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die Soziale Marktwirtschaft verzichtet zwar auf Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitskraft und Absatz. Sie bejaht jedoch die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit den organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik auf Grund einer aufmerksamen Marktbeobachtung. Für die Ordnung des Verhältnisses unseres Staates zur Wirtschaft stehen wir also nicht auf dem Boden eines Nachtwächterstaates, der sich um die Wirtschaft möglichst nicht zu kümmern habe. Die „societas“ — von diesem Wort leiten wir das Wort „sozial“ in der Sozialen Marktwirtschaft her —, und damit der Staat, hat sich um die Wirtschaft zu kümmern.

Wir bejahen das Interventionsrecht und die Interventionspflicht des Staates gegenüber dem Ablauf der Wirtschaft. Nur dadurch läßt sich die Gesamtordnung, die wir erstreben, vor Verfälschungen bewahren.

Dieses Interventionsrecht und diese Interventionspflicht sind allerdings begrenzt auf marktkonforme Mittel.

„In einer sinnvollen Kombination von Geld- und Kredit-, Handels- und Zoll-, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik sowie anderer Maßnahmen bemüht sich die Soziale Marktwirtschaft, daß die Wirtschaft in einem Höchstmaß der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient.“ Sie schafft über die Einkommensumleitung mit ihrer Steuer-, Haushalts-, Investitions- und Sozialpolitik nicht nur die Mittel für die Finanzierung der Verwaltung im weitesten Sinne des Wortes, sondern für die äußere und innere (sprich die soziale) Sicherheit.

Nachdem das Ahlener Programm und die Düsseldorfer Leitsätze die Grundsatzvorstellungen für unser Tun entwickelten, haben wir uns weiter bemüht — jetzt die Verantwortung im Staate tragend —, unsere Ordnungsvorstellung zu vertiefen und fortzuentwickeln.

Im Hamburger Programm 1953, im Wahlprogramm 1957 — das wir entscheidend durch unseren Frankfurter Wirt-

schaftstag 1957 hier in Frankfurt beeinflussen —, durch die Beschlüsse auf dem Karlsruher Parteitag 1960, durch das Kölner Manifest 1961 sind wir entschlossen und mutig unseren Weg weitergegangen.

Die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft

Wir haben die ökonomischen Probleme und gleichrangig mit ihnen gesellschaftliche Probleme in Angriff genommen. Die Soziale Marktwirtschaft wurde — wie erwähnt — ausgebaut und erweitert; der Leistungswettbewerb durch Erlaß eines Kartellgesetzes gesichert; die persönliche Initiative der wirtschaftenden Menschen weiterhin zur Entfaltung gebracht und dem Leistungsfähigen echte Chancen gegeben. Wir haben Stellung genommen gegen marktwidrige Konzentrationen.

Nicht jedes Ziel konnte bisher erreicht werden; es sind aber vorbereitende Schritte eingeleitet, um die Eigenverantwortlichkeit zu steigern, den Abbau aller Verfälschungen des Leistungswettbewerbs zu erreichen.

Wir sind der Meinung, daß Klein- und Mittelbetriebe zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben der modernen Wirtschaft unentbehrlich sind. Wir verschließen aber auch nicht die Augen vor der Tatsache, daß die fortschreitenden Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik in manchen Bereichen zwangsläufig zu größeren Betriebseinheiten führen. Es mag sein, daß sich hin und wieder der Wunsch, das Sozialprodukt zu steigern und die Gesellschaftsstruktur zu erhalten, nicht miteinander vereinbaren lassen. Dann ist es Aufgabe der Wirtschaftspolitik — praktisch insbesondere der Landwirtschafts- und der Mittelstandspolitik —, in sorgfältigem Abwägen der Interessen einen Ausgleich zu finden, der vielfach darin besteht, mit behutsamer Hand eine Strukturänderung anzubahnen, die im wohlverstandenen Interesse aller Beteiligten liegt. Wir streben eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an, die auf einer Vielfalt lebensfähiger Betriebe beruht und auf breitgestreutem Eigentum — sei es in Form von Einzeleigentum, sei es in Form von Anteilseigentum an Großbetrieben — aufbaut.

Die Selbstverantwortung der Bürger wurde geweckt. Ermüdlich haben wir auf die Gruppen und Verbände eingewirkt, bei aller Anerkennung von Sonderinteressen das allgemeine Wohl nicht zu vergessen. Die Wahrung von Interessen ist legitim. Aber dort, wo sie aufeinanderstoßen, hat die Politik über die Rangordnung der Werte zu entscheiden und das allgemeine Wohl zu wahren.

Unser ganzes Bemühen gilt dem Schutz der Währung, ein Anliegen, das unser Geld in seiner Kaufkraft im Verhältnis zu den anderen Währungen in der freien Welt an die Spitze gebracht hat, sowohl, was die Kaufkraft nach außen wie nach innen anbelangt. Wir haben unsere öffentlichen Haushalte ausgeglichen und uns um ein solides Finanzgebaren bemüht. In einer koordinierten Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik haben wir uns konjunkturmäßig verhalten und auch damit einen besonderen Beitrag zur Erhaltung der Kaufkraft geleistet. Wir sind Feinde jeder inflationären Entwicklung; sie muß im Keime erstickt werden. Jede Inflation erzeugt in ihrem Anfangsstadium eine Scheinblüte und ist daher — hierin besteht die Gefahr — zu Beginn fast immer volkstümlich.

In jüngster Zeit war unser wesentlichster Beitrag zur Erhaltung der Kaufkraft die Aufwertung der D-Mark, mit der wir Preisauftriebstendenzen wirksam bekämpft haben.

Wir werden auch weiter eine gedeihliche Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bei gesunden Staatsfinanzen und gesunder Währung sicherstellen. Eine gute Währungspolitik wird uns die Sorge um die Minderung der Kaufkraft unserer Einkommen nehmen.

Es ist unser Anliegen, daß die Stabilität von Währung und Preisen auch durch maßvolles Verhalten der Sozial-

partner und der Verbände gewährleistet bleibt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind von den Tarifpartnern zwar selbstverantwortlich zu gestalten, aber auch die Tarifpartner sind dem allgemeinen Wohl verpflichtet!

In all diesen, auf grundsätzlichem Denken und einer christlichen Weltanschauung beruhenden Bemühungen um ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Ordnungsbild ist es uns gelungen, unser „Miteinanderleben“ in ein Verhältnis zu bringen, in dem es keine grundsätzlichen Spannungen mehr gibt. Der alte, tragische Gegensatz von Ausbeutern und Ausgebeuteten, von Herren und Sklaven, von hoch und niedrig, arm und reich ist grundsätzlich überwunden. Wir strebten Wohlstand für alle an und haben ihn für sehr viele erreicht.

Das Wollen nach „Eigentum für jeden“ mündete schon jetzt in ein breitgestreutes Eigentum ein. Eigenheime, Eigentumswohnungen, Beteiligung am Betriebsvermögen (darunter Investmentanteile und Volksaktien), Geldvermögen, das unter Förderung des Sparwillens erworben wurde (Sparprämie), dokumentieren diesen Weg.

So wurde schon jetzt eine verantwortungsvolle Lebensführung unserer Menschen und ihrer Familien gesichert. Wir wissen, daß wir mit materiellem Wohlstand allein noch keineswegs die Menschen glücklich machen. Das manchmal etwas bitter gebrauchte Wort vom „Wirtschaftswunderland“ zeigt, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt und daß der Tanz um das Goldene Kalb nicht der Sinn unseres Lebens sein darf.

Welch ein Segen aber doch auch darin liegt, daß wir die Armut auf ein Mindestmaß zurückgeführt haben, beweist uns ein Rückblick auf das Jahr 1932, wo über sechs Millionen Erwerbslose und die dadurch ausgelöste Not unser Volk in Unruhe und Radikalismus mit allen schrecklichen Folgen stürzten. Daß wir dagegen rund zwölf Millionen Vertriebenen wieder Arbeit, Brot und Geborgenheit und ganz allgemein allen hier in der Bundesrepublik Wiederaufbau und Wohlstand ermöglicht haben, zeigt den auch von uns erkannten Zusammenhang zwischen materiellen und immateriellen Gütern. Daß wir darüber hinaus unser Leben seelisch und geistig gestalten müssen, liegt auf anderen Gebieten, die wir heute hier nicht behandeln.

Die dominierende Rolle der Politik

Ein Wort muß aber über den Anteil der Politik an diesem Aufstieg gesagt werden. Gewiß haben der Fleiß und die Tüchtigkeit unserer Menschen, insbesondere unserer Arbeiter, der Mut und die Initiative der Unternehmer ihn weitgehend ermöglicht. Aber leben nicht in der Sowjetzone jenseits des Eisernen Vorhanges Menschen gleicher Prägung? Wie ganz anders war dort die Entwicklung! Entscheidend für unseren Weg waren die wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen, die durch die Politiker geschaffen wurden.

Wir haben so alle miteinander einen Besitzstand aufgebaut, den es zu verteidigen gilt. Ich habe Ihnen das von der CDU/CSU entscheidend gestaltete neue Leitbild unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Miteinanderlebens ja gerade gezeichnet, um deutlich zu machen, daß da etwas Neues geschaffen wurde, für das einzutreten sich auch lohnt! Wir — unsere Generation — sollten uns bewußt sein, daß wir zum erstenmal in unserer Geschichte ein freiheitliches Gesellschaftsbild gestaltet haben, das es unsere Leistung ist, die gut, solide, ethisch ist, die aus unserer christlichen Verantwortung erwuchs.

Es gibt in der Bundesrepublik keine Partei, die sich so sehr, wie wir es taten, um ein neues gesellschaftliches und wirtschaftliches Ordnungsbild bemüht hat.

Wir stehen im Kampf um unsere Freiheit gegen den Kommunismus. Der Kommunismus ist eine Idee. Wir müssen ihm eine Idee entgegensetzen, und wir haben es getan. Schon früher habe ich darauf hingewiesen, daß es

eines der wirksamsten Mittel zur Abwehr der kommunistischen Irrlehre von der kollektiven Zwangsbeglückung ist, wenn wir in unserer freiheitlichen europäischen Denktradition das überzeugende und begeisterte Bild einer besseren und in sich gerechteren Gesellschaftsordnung aufbauen, ohne Armut, ohne unverschuldete Not, ohne Willkür des Staates und der Mächtigen in ihm.

Aus unserer Idee heraus haben wir — zusammen mit allen Aufbaukräften im Volke — Unternehmern und Arbeitern — bereits jetzt ein Aufbauwerk vollbracht, das ohne ernsthafte Krisen in knapp zehn Jahren eine Vermehrung der Beschäftigten um 6,4 Millionen und zugleich eine Verdoppelung des realen Volkseinkommens ermöglichte. Das Problem einer angemessenen Versorgung aller Teile unseres Volkes mit den Gütern des allgemeinen Lebensbedarfs ist praktisch gelöst. Die Arbeitsplätze sind durch Vollbeschäftigung gesichert. Verbunden damit sind die ersten Erfolge der Bundesregierung hinsichtlich unserer Politik einer breiten Vermögensstreuung. Wir sind auf dem richtigen Wege!

Wir wollen trotzdem nicht selbstgefällig werden. Auch uns ist natürlich nicht alles gelungen. Wir sind immer in der Gefahr, das Maß und die Mitte zu verlieren. Ein Boom ist eine ständige Verführung, die langfristigen Möglichkeiten zu überschätzen. Wir wollen den in der Verfassung rechtlich verankerten „Sozialen Rechtsstaat“, nicht aber den „Wohlfahrtsstaat“. Hier liegen auch unsere Grenzen für die Übernahme von Verpflichtungen durch den Staat.

Eine rückläufige Konjunktur kann im modernen Staat nie mehr die verhängnisvollen Auswirkungen der Krise der dreißiger Jahre erreichen; aber Schwierigkeiten könnte sie genug bringen. Wir müssen für sie gerüstet sein. Wir wollen zwar eine Vermögensbildung als ein Element der Freiheit und Sicherheit gegen die Zufälle des Lebens. Unsere Bemühungen dürfen hier aber nie zu einer Enteignung und einer Benachteiligung des Mittelstandes gegen die Möglichkeit der Großwirtschaft führen.

Äußere und innere Sicherheit

Und nun lassen Sie den Finanzminister und den Europäer nach dem Wirtschaftspolitiker der Partei und dem Sozialethiker etwas sagen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der vierten Legislaturperiode wird entscheidend von der großen weltpolitischen Entwicklung beeinflußt sein. Die Verteidigung unserer Freiheit gemeinsam mit unseren Verbündeten wird von uns Opfer fordern. Sie wird unser wirtschaftspolitisches und unser finanzpolitisches Handeln beeinflussen. Ich verweise hier mit allem Ernst auf die letzte Rede des amerikanischen Präsidenten Kennedy, der ich nichts hinzuzufügen habe. — Als die Türken vor Wien standen, war die Freiheit Europas in Gefahr. Nur eine große Anstrengung des damaligen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation rettete sie. Jetzt ist die Situation noch gefährlicher. Die Russen stehen in und um Berlin. In solcher Situation müssen Taten unsere Freiheit bewahren. Unsere Opfer, die wir zu bringen bereit sind, sind solche Taten. Die erste Tat sei die, unsere Egoismen zurückzustellen. Wir müssen unserem Vaterland das geben, was es zur Verteidigung seiner Freiheit braucht. Das Verhältnis der Bürger zum Vaterland muß von diesem Geist erfüllt sein. Das gilt auf unserem Gebiet auch für die Auseinandersetzung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden um den Anteil an der gesamten Finanzmasse. Nur wenn wir in Gemeinsamkeit unsere Freiheit verteidigen, können wir den Kampf — auch wirtschaftlich — bestehen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle ein Wort zur Kritik der SPD und FDP an unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sind in unserer nationalen Situation Forderungen nach staatlicher Finanzierung von Fernsehgeräten, von ver-

mehrtem Urlaub oder von massiven Steuersenkungen die wirklich richtige Lösung der Probleme dieser Zeit?

Die von Herrn Brandt gemachten Versprechungen erfordern nach gerade veröffentlichten zuverlässigen Berechnungen 14 Milliarden DM. Die Schätzungen des Finanzministers kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Die FDP ihrerseits hat nicht Besseres zu bieten als Wahlgeschenke in Form von Versprechungen auf allgemeine Steuersenkungen. Was soll man zu solchen Forderungen sagen, wenn man feststellen muß, daß dieselbe Partei allein für das Rechnungsjahr 1961 im Bundestag Anträge gestellt hat, die ungedeckte Mehrausgaben von mehr als sechs Milliarden DM verursacht hätten? Es ist geradezu grotesk, wenn uns, die wir diese Mehrforderungen abgelehnt haben, jetzt der Vorwurf gemacht wird, wir hätten Wahlgeschenke gemacht.

Wir haben uns für eine verantwortungsvolle Politik — auch im Wahljahr — für verpflichtet gehalten und sind auf unsere Aufgabe finanziell weitgehend vorbereitet. Unsere militärischen Anstrengungen für die Verteidigung unserer Freiheit sind, soweit wir sie mit unseren Verbündeten abgesprochen haben, in unsere vorausschauenden finanziellen Planungen einbezogen. Was wir zu tun uns verpflichteten, wird getragen von dem Anstieg des Sozialproduktes und damit des Steueraufkommens im Zuge unserer Wirtschaftspolitik, die um stetiges Wachstum der Wirtschaft bemüht bleibt.

In dem steigenden Steueraufkommen, das allein bei den Ländern von 1958 bis 1962 sich verdoppelt, liegen Möglichkeiten für größere Verteidigungsanstrengungen, als sie bisher erforderlich waren. Sie müssen im Geiste gemeinsamer Bemühungen von Bund, Ländern und Gemeinden genutzt werden.

Wenn wir in Einigkeit, in einer Gesinnung der Gemeinsamkeit und in guter Zusammenarbeit an die auf uns zukommenden Fragen herangehen, werden wir neben allem anderen auch weiterhin auf dem von uns beschrittenen Weg fortschreiten können und die innere Sicherheit und Abwehrkraft unseres Volkes gegen die kommunistische Bedrohung verstärken. Opfer schließen einen gesunden weiteren Aufbau und Ausbau in der wirtschaftlichen Entwicklung und eine Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstruktur unseres Volkes nicht aus!

Die wirtschafts- und finanzpolitischen Aufgaben der vierten Legislaturperiode

Das wichtigste Ziel der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik bleibt also das gleichbleibende weitere Wirtschaftswachstum aus steigender Produktivität der Gesamtwirtschaft. Dieses Ziel ist in den letzten vier Jahren großartig verwirklicht worden. Der bisherige Weg muß daher weitergegangen werden. Da wir gelernt haben, weltweite Wirtschaftskrisen zu verhindern, wird er nach allen wirtschaftlichen und konjunkturellen Vorzeichen uns zum Ziele führen.

Unter diesen Umständen wird die vierte Legislaturperiode neben der Bewältigung des Problems der Beschaffung der Finanzmittel für die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit hoffentlich die einmalige Möglichkeit eröffnen, eine umfassende und wirkliche Reform des Steuersystems, d. h. seine planmäßige Anpassung an die wesentlich veränderten Verhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen. Dieser Umbau des Steuersystems wird, wie nie zuvor, dadurch erleichtert, daß die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung bei den Steuereinnahmen zu dem nötigen Bewegungsspielraum geführt hat.

Eine wichtige Voraussetzung wird hier eine Neuordnung der Finanzverfassung sein. Die jetzige Finanzverfassung führte dazu, daß das Wirtschaftswachstum zu einer ungleichmäßigen Verteilung der Deckungsmittel bei den einzelnen Berechtigten geführt hat, unbeschadet der Entwick-

lung der Ausgaben. Das gilt vor allen Dingen für den Bund, wo z. B. Verteidigung, Entwicklungshilfe, Straßenbau und Landwirtschaft steigende Lasten bedingen. Das gilt aber auch für die Gemeinden, wo Schulwesen, Gesundheitswesen, Städtebau, Versorgungsbetriebe und die technischen Anstalten ebenfalls wesentlich erhöhte Ausgaben erfordern.

Durch eine Änderung der Finanzverfassung und durch gezielte Änderung an einzelnen Steuern muß der wachsende Finanzbedarf des Bundes und der Gemeinden mit einem entsprechenden Zuwachs der Deckungsmittel gesichert werden.

Die Ziele, die hier vor uns liegen, können nur in jahrelanger planmäßiger Arbeit verwirklicht werden. Zu keiner Zeit ist das aber eher zu erreichen, als in unserer Zeit mit ihrem ständigen Wachsen des Volkseinkommens und des allgemeinen Wohlstands.

Unsere Sorge muß dabei auch in noch stärkerem Maße der Verlagerung der Vermögensbildung von der öffentlichen Hand auf die privaten Haushalte dienen. Vor allem darf eine solche Zeit nicht ungenützt vorübergehen, indem man die Neubildung von Vermögen aus dem Einkommen sich selbst überläßt. Die Finanzpolitik kann und soll mit ihren steuerlichen Anreizen in diese Entwicklung eingreifen.

So wenig das Steuersystem in der Sozialen Marktwirtschaft zu Wettbewerbsverzerrungen beitragen soll, so darf die Finanzpolitik doch nicht darauf verzichten, die Einkommensverwendung und die Vermögensbildung mit der Steuerpolitik zu beeinflussen. Dabei liegt es uns fern, wohlverworbenes Vermögen zu enteignen, um es anderen zu übertragen, die es nicht erarbeitet haben. Es ist auch nicht unser Ziel, durch eine übersteigerte Steuerprogression Einkommen denen wegzunehmen, die es in den Grenzen des Gemeinwohls erworben haben.

Das Steuergesetz ist für uns nicht der große Hobel, der Jahr für Jahr den ungleichen Einkommensanfall aus ungleicher Leistung Span um Span gleichhobelt. Aber eine zusätzliche Vermögensbildung, vor allem in Händen kleinerer und mittlerer Einkommensbezieher, sollte mit den Anreizmitteln des Steuerrechts bewußt gefördert werden. Wie überall, so ist auch hier die Politik die Kunst des Möglichen und des rechten Maßes.

Um der Persönlichkeit willen, ihrer Selbstverantwortung und ihrer Freiheit willen geben wir dem Eigentum für jeden den Vorrang vor dem staatlichen Gemeineigentum; der ergänzenden Staatshilfe den Vorrang vor dem allgemeinen Wohlfahrts- und Versorgungsstaat. Eine gestaltende und eine bewahrende Gesellschaftspolitik in einer freien und stabilen Gesamtordnung wird dieses Ziel erreichen helfen.

Auf der einen Seite dürfen die Fleißigen und Sparsamen nicht um den Erfolg ihrer Arbeit gebracht, auf der anderen Seite müssen die öffentlichen Lasten nach ihrer Leistungsfähigkeit verteilt werden. Das Arbeitseinkommen darf nicht nur verbraucht, es muß auch gespart werden. Vermögen muß erarbeitet und erspart werden, sonst bringt es keinen Segen. Einkommen verpflichtet, war unsere Parole vor vier Jahren. Das Steuergesetz muß den kleinen und mittleren Einkommensbezieher eine größere, vor allem realere Chance zur Bildung von Eigentum und Vermögen geben. Wir haben hierzu in der Vergangenheit ein ganzes Bündel von Maßnahmen einer gestaltenden Gesellschaftspolitik getroffen (einkommensteuerliche Maßnahmen, Reform des geltenden Umsatzsteuer- und Gewerbesteuerrechts, allgemeine Sparprämien u. a. m.). Wir werden diese Maßnahmen weiter entwickeln.

Was die bewahrende Gesellschaftspolitik anlangt, so muß das erste Ziel sein, die Unsicherheit aus dem Wechsel der Konjunkturen einzudämmen. Sie gefährdet die neue Ge-

sellschaftsordnung, weil sie zu einer unbeständigen Mehrung und plötzlichen Minderung des Einkommens führen kann. Die Stabilität von Beschäftigung, Löhnen und Preisen muß daher erstrebt werden. Die öffentliche Hand muß durch eine aktive Konjunkturpolitik — so wie wir es in den vergangenen Jahren schon getan haben — hier ihrer Interventionspflicht genügen. Wir sind der Meinung, daß ein gleichbleibendes und beständiges Wachstum des Sozialproduktes von Jahr zu Jahr wichtiger ist als ein hektisches Hochschnellen des Sozialproduktes.

Der Kapitalmarkt bedarf unserer Aufmerksamkeit und unserer Fürsorge. Der richtige Ansatz der Investitionen und hierauf abgestimmte steuerliche Hilfen sollen dazu beitragen, die Produktivität ständig zu steigern.

Die menschliche Arbeitskraft, die knapp geworden ist, darf nicht fehlgeleitet werden. Man darf sie auch nicht durch falsche Subventionen künstlich verknappen.

Die allerwichtigste Maßnahme wird die Reform der Umsatzsteuer in Richtung gegen die konzentrationsfördernde Wirkung der heutigen Allphasen-Umsatzsteuer sein. Wir werden sie in der vierten Legislaturperiode zum Abschluß bringen. Ich habe bei der Lesung der letzten Umsatzsteuernovelle im Deutschen Bundestag hierzu Ausführungen gemacht, denen ich nichts hinzuzufügen habe.

Im übrigen gilt es, die Fragen eines neuen Bewertungsgesetzes für die Einheitswerte, bei der Einkommensteuer die Überprüfung des Tarifs auf wirtschaftliche und soziale Angemessenheit mit dem Ziele einer Abflachung der Steuerbelastung für die Mittelschichten, Einzelfragen bei der Vermögensteuer und die Neuordnung des gemeindlichen Steuersystems zu lösen.

Große finanz- und steuerpolitische Aufgaben liegen also vor uns, aber auch einmalige Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung. Grundlage für alles bleibt eine freiheitliche Wirtschaftspolitik, die weiteres Wirtschaftswachstum aus steigender Produktivität, unverminderten Arbeitsfleiß und größere Sparkapitalbildung sichert.

Zusammenarbeit mit der freien Welt

Das Ziel, das wir mit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verfolgen, ist die Ausgeglichenheit und Festigkeit unserer inneren Ordnung. Wir können dieses Ziel aber nur verwirklichen, wenn für unseren Staat eine friedliche und freiheitliche Entwicklung gesichert ist. Die innere Stabilität ist untrennbar mit der äußeren verbunden.

Die CDU/CSU fühlt sich deshalb einer internationalen Ordnung verpflichtet, in der unser Volk im Bündnis mit der freien Welt zu allen Völkern Freundschaften pflegt und durch sein Verhalten das Bewußtsein und die Kraft der geistigen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einheit der freien Welt stärkt.

Kein Volk kann in unserer Zeit seine Probleme für sich und aus sich allein lösen.

Wir sind in der freien Welt in allem, was wir tun, gegenseitig voneinander abhängig und nur in Einigkeit stark. Nur so können wir der totalitären Bedrohung durch den Kommunismus widerstehen. Deshalb hat die CDU/CSU von Anbeginn eine Politik verfolgt, die den Ausbau der Atlantischen Gemeinschaft und insbesondere die politische und wirtschaftliche Einigung Europas zum Ziele hat.

Es muß eine unserer vornehmlichsten Aufgaben sein, mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften zur europäischen Einigung beizutragen. Der europäische Zusammenschluß setzt nicht nur einen Schlußstrich unter die unheilvolle Zeit ständiger Auseinandersetzungen unter den europäischen Völkern. Er ist vielmehr auch der Ausgangspunkt einer neuen Hoffnung, eines Vertrauens in die Zukunft unseres alten Kontinents. Wir haben schon vieles erreicht. Der Gemeinsame Markt entwickelt sich

mit einer erstaunlichen Dynamik und Vitalität. Aus dem wirtschaftlichen Zusammenschluß wachsen die Ansätze einer politischen Zusammenarbeit heraus. Die Gemeinschaften der Sechszehn sind zu einem Zentrum der europäischen Bewegung geworden. Wir können mit großer Freude feststellen, daß sich England und vermutlich auch andere unserer europäischen Freunde dem Werk, das die Sechszehn begonnen haben, anschließen wollen. Dieser Anschluß wird von uns allen begrüßt. Durch ihn erhält die europäische Einigung erst ihr wahres Gewicht.

Indem wir uns für die europäische und die atlantische Zusammenarbeit einsetzen, schaffen wir die Voraussetzung für eine gesicherte freiheitliche Entwicklung unseres Staates, dienen wir aber zugleich auch der Solidarität der freien Welt und dem Frieden und Fortschritt der Menschheit.

Unser Ziel: Eine Gesellschaft freier und verantwortlicher Menschen

Damit komme ich zum Schluß. Wir sind dankbar, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland in Recht und Freiheit leben und wirken können. Wenn die CDU/CSU alle Kräfte unseres Volkes auf die innere und äußere Stärkung unseres Staatswesens konzentrieren und dazu die Soziale Marktwirtschaft fortsetzen und das gesellschaftliche Gefüge festigen will, dann denkt sie dabei gleichzeitig an die Schaffung wirksamer Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit.

Wir müssen uns immer wieder dessen bewußt sein, daß in der Mitte Europas Sicherheit und Frieden auf die Dauer nicht gegeben sind, solange dem deutschen Volk die widernatürliche Teilung auferlegt bleibt. Das deutsche Volk will nur sein natürliches Recht, in allen Teilen seines Landes frei über sein Leben und seine innere Ordnung zu bestimmen. Wir wollen dabei mit unserer Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik die Voraussetzung schaffen, daß eines Tages ein wiedervereinigtes Deutschland zu jedem Beitrag bereit sein kann, der eine echte Sicherheits- und Friedensordnung in Europa und der Welt gewährleistet.

Wir werden unseren Staat mit unserem Ordnungsbild, mit Wohlstand, mit innerer und äußerer Sicherheit, ohne Klassenhaß und Neid verteidigen und weiter aufbauen.

In voller Bejahung des Interventionsrechts und der Interventionspflicht des Staates gegenüber dem Ablauf des Wirtschaftsgeschehens, beschränkt auf marktkonforme Mittel, werden wir alle Maßnahmen ergreifen, um ein stetes Wachstum unserer Volkswirtschaft sicherzustellen. Wir werden die Wirtschafts-, Nahrungs- und Sozialpolitik immer bewußter für die Gestaltung einer freien Gesellschaft einsetzen. So werden wir entscheidend zu einer Fortentwicklung und inneren Umbildung des gesellschaftlichen Gefüges unseres Volkes beitragen.

Wir wollen eine freie Gesellschaft, die die Menschen, die Familie, das ganze Volk ergreift. Ein ausgewogenes Wachstum des Sozialproduktes schafft zugleich die Voraussetzungen dafür, daß wir unser System der sozialen Sicherheit ausbauen und allen sozial Bedürftigen eine Teilnahme am steigenden Wohlstand ermöglichen. Persönliches Eigentum muß weiter gebildet werden. Es ist die Grundlage für alle freiheitliche Sicherheit. Alle Formen des Sparens, die Bildung von Haus- und Wohnungseigentum, der Erwerb von Eigentum an produktivem Kapital und der Zugang zur Selbständigkeit sind angemessen zu erleichtern.

In solcher Gesinnung wird unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik in den nächsten vier Jahren einen weiteren Beitrag dazu liefern, daß unsere gesellschaftliche Ordnung sich in sich festigt und persönlichkeitsbewußte Staatsbürger schafft.

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Wie die Erfolge der CDU/CSU-Wirtschaftspolitik beweisen — Vollbeschäftigung, stabile Währung, größtmögliches Wirtschaftswachstum, ausgeglichene Zahlungsbilanz, steigende Einkommen, steigende Lebenshaltung, steigende Produktivität, geringere Arbeitszeiten —, ist die Soziale Marktwirtschaft das einzig richtige Prinzip, um die schöpferischen Kräfte unserer Wirtschaft und Gesellschaft zur vollen Entfaltung zu bringen. 12 Jahre Soziale Marktwirtschaft der CDU/CSU unter der verantwortlichen Leitung von Professor Ludwig Erhard haben der Bundesrepublik einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufstieg gebracht, der sie nach den USA und der Sowjetunion den dritten Platz in der Rangliste der Industriestaaten der Welt erreichen ließ.

Die Soziale Marktwirtschaft hat keine Klasse, keinen Stand, keine Gruppe und keine sonstigen Teile unseres Volkes begünstigt, sondern der Gesamtheit, unserem ganzen Volk, uns allen große Vorteile gebracht.

Alle haben Arbeit

1949 waren fast 10 % aller Arbeitnehmer, nämlich 1,3 Mio arbeitslos, 1960 waren es 0,5 %, nämlich 0,1 Mio; 1949 hatten wir 13,6 Mio Arbeitsplätze, 1960 waren es 20,4 Mio. Damit wurden fast 7 Mio neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese Leistung ist um so erstaunlicher, als gleichzeitig Millionen von Flüchtlingen aus den Ostgebieten und der SBZ voll in die westdeutsche Wirtschaft eingegliedert wurden. Ein internationaler Vergleich zeigt, daß der Anteil der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland am geringsten ist.

Im Gegenteil muß man heute feststellen: wie die Zahl der Arbeitslosen abnahm, so stieg der Bedarf an Arbeitskräften an. So betrug im März 1961 die Zahl der offenen Stellen 578 000 gegenüber 163 000 Arbeitslosen, obwohl bereits rd. 400 000 Ausländer bei uns beschäftigt sind. Um dem Mangel an Arbeitskräften zu begegnen, werden in diesem Jahre weitere rd. 500 000 Ausländer in der Bundesrepublik beschäftigt werden. Damit wird die europäische Integration auch vom Arbeitsmarkt her gefördert.

... und mehr Freizeit!

Trotz Einkommenssteigerung und steigender Produktion konnte eine erhebliche Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit erreicht werden. Die Wochenarbeitszeit des Industriearbeiters betrug 1955 49,1 Stunden, 1960 45,6 Stunden. 65 % aller Arbeitnehmer der Industrie arbeiten tariflich 44 Wochenstunden, 75 % aller Arbeitnehmer überhaupt arbeiten weniger als 48 Wochenstunden, 50 % aller Arbeitnehmer haben die 5-Tage-Woche.

Allen Arbeitnehmern ist ein gesetzlicher Mindesturlaub garantiert. Entscheidend ist dabei die Tatsache, daß der größte Teil der Arbeitnehmer seinen Urlaub auf Erholungsreisen verschiedener Art verbringt. Im Reiseverkehr mit dem Ausland wurden von Januar bis August 1960 rd. 57 Mio deutsche Staatsangehörige beim großen Grenzverkehr registriert (Vorjahr = 54,5 Mio).

Alle können sich mehr kaufen

Wieviel und was wir uns kaufen können, hängt in der Sozialen Marktwirtschaft ab von der Menge der Güter und Dienstleistungen, die wir herstellen und anbieten; vom Einkommen, das wir als Verdienst erzielen; von der Kaufkraft des Geldes, das wir bekommen. Außerdem steuert unsere Nachfrage den Markt. Durch das unbegrenzte Angebot in der aufsteigenden Konjunktur können wir so viel kaufen, wie

nie zuvor in der deutschen Geschichte. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit betrugen 1950 44,1 Mrd. DM, 1960 129,7 Mrd. DM. Das bedeutet eine Steigerung um 194 % auf fast das Dreifache. Das Volkseinkommen betrug 1950 74,5 Mrd. DM, 1960 212,0 Mrd. DM. Das bedeutet eine Steigerung um 185 %. Auf den einzelnen Erwerbstätigen umgerechnet erhöhte sich das Volkseinkommen pro Kopf in diesen 10 Jahren um 128 %. Der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen stieg von 59,2 % (1950) auf 61 % (1960) — ein unzweideutiges Zeichen für eine zunehmend bessere Verteilung der Einkommen. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer lag im Durchschnitt 1950 bei 2816 DM jährlich (d. i. mtl. 243,— DM). 1960 bei 6024 DM jährlich (d. i. mtl. 502,— DM). Innerhalb der Industrie nahm der durchschnittliche Wochenverdienst von 58,12 DM (1950) auf 124,57 DM (1960) zu; die Löhne der Industriearbeiter haben sich also ebenfalls mehr als verdoppelt.

Berücksichtigt man die Entwicklung der Preise, so ist der Reallohn von 1950 bis 1960 um 78 % gestiegen. International gesehen liegt die Bundesrepublik mit dieser Reallohnsteigerung weitaus an der Spitze. Es folgen Frankreich (50 %), Schweden (35 %), USA (27 %) und Großbritannien (19 %) sowie die Schweiz (17 %) und Italien (13 %). Ein anschauliches Bild von der gestiegenen Lohnkraft der Industriearbeiter zeigt folgende Übersicht:

Der Industriearbeiter mußte arbeiten für

	Nov. 1949	Nov. 1953	Nov. 1960
1 kg Zucker	58 Min.	49 Min.	26 Min.
1 kg Kotelett	4 Std. 35 Min.	3 Std. 10 Min.	2 Std. 25 Min.
1 kg Butter	4 Std. 13 Min.	3 Std. 47 Min.	2 Std. 19 Min.
1 kg Margarine	2 Std.	1 Std. 16 Min.	47 Min.
1 kg Bohnenkaffee	22 Std. 37 Min.	12 Std. 59 Min.	6 Std. 15 Min.
1 Rundfunkgerät (mittl. Super)	504 Std. 49 Min.	175 Std. 39 Min.	109 Std. 42 Min.
1 Moped	452 Std. 12 Min.	403 Std. 55 Min.	169 Std. 10 Min.
1 Volkswagen	3946 Std. 24 Min.	2539 Std. 48 Min.	1396 Std. 01 Min.

Ein internationaler Vergleich zeigt, daß die Preissteigerungen in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1960 geringer waren als in anderen Ländern. In diesem Indexvergleich (Basis 1950 = 100) steht die Bundesrepublik nach Portugal (108), der Schweiz (116) und Belgien (121) mit den USA (123) an vierter Stelle. Ihnen folgen, nur um einige zu nennen, die Niederlande (140), Italien (141), Großbritannien (150), Schweden (158), Österreich (163) und Frankreich (176). Dieser Vergleich läßt erkennen, daß gerade die Länder, die sozialistisch regiert werden oder wurden, den stärksten Kaufkraftverfall ihrer Währung erlitten.

Höherer Verbrauch

Steigender Lebensstandard kann sich nur bei zunehmendem Einkommen entwickeln. Der starke Anstieg der Einkommen bewirkte, daß der private Verbrauch von 62,5 Mrd. DM (1950) auf 158,0 Mrd. DM (1960) zunehmen konnte. Damit ist der private Verbrauch in dieser Zeit auf das Zweieinhalbfache gestiegen, ein beachtlicher Erfolg, der angesichts der Kriegszerstörungen um so schwerer wiegt. Auch im internationalen Vergleich steht die Bundesrepublik hier mit einem Anstieg des Verbrauchs je Einwohner um 70 % weit an der Spitze aller OEEC-Staaten (Durchschnitt 29 %).

Hoher Verbrauch und damit steigender Lebensstandard bewirkten, daß immer mehr Güter, die vor noch nicht

allzu langer Zeit Luxusgegenstände waren, heute zum allgemeinen Gebrauchsgut geworden sind. So haben sich die Ausgaben der sog. Indexhaushalte (die mittlere Verbrauchsgruppe mit nur einem Hauptverdiener) für Anschaffungen von Hausrat zwischen 1950 und 1960 vervierfacht.

Es verfügten über	1953	1960
Kühlschränke	7 % aller Haushalte	42 % aller Haushalte
elektr. Waschmaschinen	9 %	29 %
Staubsauger	28 %	64 %
Küchenmaschinen	2 %	28 %
Fernsehergeräte	8 %	31 %
Rundfunkgeräte	68 %	93 %

Wie stark allein die Zunahme von PKW in der Hand von Arbeitnehmern war, zeigt ihr Anteil am Gesamtbestand zwischen 1956 und 1960:

	1956	1959	1960
Arbeiter	9,9 %	20,7 % = 691.004	24,5 % = 997.214
Angestellte	14,4 %	18,6 % = 621.483	19,9 % = 810.392
Beamte	4,7 %	7,2 % = 239.369	7,5 % = 303.991
	29,0 %	46,5 %	51,9 %

Die Zahl der Fernsehteilnehmer wird bald die 5-Mio-Grenze erreicht haben.

Immer mehr gelangen zu Besitz und Eigentum

Die Soziale Marktwirtschaft erstrebt möglichst viele Eigentümer, die in den Wechselfällen des Lebens nicht ohne eigenen wirtschaftlichen Rückhalt stehen und zudem durch ihr Eigentum zu wirtschaftlicher Verantwortlichkeit und sachlichem Wirtschaftsinteresse erzogen werden. Von Anfang an wurde erstrebt, „aus den vermögenslosen Schichten unseres Volkes in großem Umfang besitzende Eigentümer“ zu machen (Düsseldorfer Leitsätze). Die Bildung von Sparkapital wurde und wird nachdrücklich gefördert.

Schon in ihren Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 forderte die CDU eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Erträge sowie eine soziale Gesetzgebung, die auch den vermögenslosen Schichten unseres Volkes Eigentumsbildung ermöglichen soll. Denn nur durch persönliches Eigentum auf breiter Basis ist eine auf freiheitlicher und christlicher Kultur beruhende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Dauer lebensfähig. Die Erfolge auf diesem Gebiete zeigt zunächst die Entwicklung der Spareinlagen in Mrd. DM:

Bestand Ende	1957	1958	1959	1960
bei allen Bankengruppen	29,4	36,1	45,0	53,1
darunter: Privateinlagen	27,7	33,1	40,1	47,8
Bausparkassen	4,9	6,0	7,5	9,3
Investmentparer	0,3	1,0	2,3	3,2
Lebensversicherungen	2,0	2,2	2,5	3,0
Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	26,7	35,4	45,3	53,3

Diese Entwicklung wurde durch umfangreiche Förderungsmaßnahmen, wie z. B. das Sparprämiengesetz, das Wohnungsbauprämiengesetz, das Investmentgesetz, die Tarifkorrekturen der Einkommensteuergesetze sowie die Privatisierung der Preußag und des Volkswagenwerkes (allein 1,5 Mio Kaufanträge) möglich.

Im Wohnungsbau, einem wesentlichen Gebiet der Eigentumsbildung, steht die Bundesrepublik im Vergleich mit der ganzen Welt an der Spitze. Im Bundesgebiet (ohne Saar und Berlin) gab es

1939 für 39,2 Mio Einwohner 10,3 Mio Wohnungen,
1950 für 47,7 Mio Einwohner 9,5 Mio Wohnungen,
1960 für 53 Mio Einwohner 15 Mio Wohnungen.
1939 kam auf 3,8 Einwohner eine Wohnung,
1960 kam auf 3,5 Einwohner eine Wohnung.

Im Kriege wurden 2,3 Mio Wohnungen zerstört. Einer Bevölkerungszunahme im Bundesgebiet zwischen 1939 und 1960 von 36 % steht eine Zunahme des Wohnraumes von 44 % gegenüber. Dem Einzelnen steht also an sich schon heute mehr Wohnraum als 1939 zur Verfügung. Allerdings sind auch unsere Ansprüche gestiegen.

Seit 1945 wurden insgesamt 6,9 Mio Wohnungen bezugsfertig; die Jahresleistung betrug 500 000 bis 600 000 Wohnungen. 1950 hatten 19,5 % aller Wohnungen ein Bad. Die Neubauten von 1957 wurden zu 90,1 %, die von 1958 zu 92,9 % damit ausgestattet.

Folgerichtig hat die CDU/CSU-Mehrheit des Bundestages die Privatisierung großer Bundesvermögen unter sozialen Gesichtspunkten beschlossen. Das war ein weiterer großer Schritt zur Verwirklichung des Eigentumsprogramms. Das VW-Werk ist heute Eigentum von 700 000 Aktionären aus allen Teilen des Volkes. Bei der Privatisierung der Preußag kauften 1959 über 200 000 Personen die neuen Volksaktien. Damit gibt es rd. 2,5 Mio Aktionäre; davon sind mehr als 1,5 Mio Volksaktionäre. Der ungeheuer ansteigende Kurs der VW-Aktien zeigt, wie populär die Maßnahmen der CDU/CSU-Eigentumspolitik sind. Jeder achte Arbeitnehmer ist heute Aktionär und also Miteigentümer an großen und bekannten Unternehmen. Die SPD hat diese Politik mit größter Schärfe abgelehnt! Wir aber wollen unbeirrt:

Eigentum für jeden

Die christlich-demokratische Eigentumspolitik dient dem doppelten Ziel einer Stärkung der Persönlichkeit und der Wiedereinsetzung des Eigentums in seine natürliche Ordnungsfunktion. Sie ist Bestandteil aller auf CDU-Parteitagen verabschiedeten Programme und Entscheidungen:

Karlsruhe 1951: „Wahre Freiheit kann nur dort gedeihen, wo persönliches Eigentum gesichert ist. Eigentumslosigkeit führt zur Vermassung. Unsere Zielsetzung ist daher, jede Möglichkeit zur Eigentumsbildung, insbesondere der vermögenslosen Schichten, zu fördern.“

Stuttgart 1956: „Bei der Privatisierung der staatlichen Wirtschaftsunternehmungen ist die breite Streuung in Kleinbesitz, vorzugsweise in Arbeitnehmerhand, zu fördern. Die erforderliche Anpassung des Gesellschaftsrechts ist vorzunehmen, um die Schaffung betrieblichen Miteigentums überall da zu ermöglichen, wo es von Belegschaften und Unternehmen als Ergebnis einer freien Entscheidung gewollt wird. Steuerliche Vergünstigungen sollen auf allen Gebieten die Eigentumsbildung fördern.“

Hamburg 1957: „Die Christlich-Demokratische Union will Eigentum für jeden, Wohlstand für alle, Beständigkeit des Erreichten. Sie fordert die soziale Sicherheit und die innere Freiheit aller durch persönliches Eigentum, auch durch die Volksaktie.“

Kiel 1958: „Förderung des Sparens in allen Formen. Beschleunigung der Überführung dafür geeigneter Erwerbsunternehmen aus öffentlicher in private Hand unter möglichst breiter Streuung der Anteile. Anregung und Begünstigung neuer Formen von breitgestreutem Eigentum aus Produktionsmitteln.“

Köln 1961: „Die Christlich-Demokratische Union fordert die Weiterführung der sozialen Marktwirtschaft, die Beseitigung jeder marktwidrigen Konzentration, die Stärkung des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die weitere Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge; stabiles Geld und gesunde Währung, gesichertes Sparen und weit gestreutes Eigentum; Weiterführung der Sozialreform, des sozialen Wohnungsbaues, des Prämienparens und der Volksaktie.“

Eigentumspolitik kann niemals durch irgendeine direkte oder indirekte Enteignung augenblicklicher Eigentümer betrieben werden, sondern nur durch eine soziale, eine zukünftige Eigentums- und Gesellschaftsordnung fördernde, die Rechtsordnung nicht verletzende Gesetzgebung.

Die CDU/CSU hat durch die bisherigen Maßnahmen die Wege gewiesen und ist fest entschlossen, darauf weiterzugehen. Natürlich kann man nicht alles auf einmal erreichen. Noch hat die Bundesrepublik schwere und teure Aufgaben als Staat zu leisten: Vollendung des Wiederaufbaues, Wiedergutmachung, die Hilfe für Berlin, der Aufbau der leider so notwendigen Bundeswehr u. a. m. Dem Bundesbürger entrinnt ein durchaus verständlicher Seufzer:

„Aber diese Steuern!“

Gewiß: Steuern sind etwas Ärgerliches und niemand zahlt sie gerne. Dabei mußte die Finanzpolitik sowohl die hohen Anforderungen an den Staat, als auch die Notwendigkeit der Konjunkturpolitik berücksichtigen — und dabei den arbeitenden Bürgern erträgliche Lasten aufbürden, die ihn nicht der Früchte seiner harten Arbeit beraubten.

Auch die Finanzpolitik hat durch konjunkturbe-
wusstes Verhalten, gesundes Haushalts-
gebaren und beachtliche Steuersenkun-
gen der letzten Jahre maßgeblich zur Hebung des Le-
bensstandards und der Verwirklichung der gesellschafts-
politischen Zielsetzung unserer Sozialen Marktwirtschaft,
nämlich der breiten Eigentumsstreuung, beigetragen. Die
mehrfachen Steuersenkungen bewirkten z. B., daß ein
Arbeitnehmer mit zwei Kindern, der bei einem Brutto-
Monatslohn von DM 500,— an Lohnsteuer 1949 noch
DM 45,50 zahlte, 1953 nur noch 25,15 und 1957 nur noch
DM 4,80 zu zahlen hatte, und seit 1960 lohnsteuerfrei ist.
Heute entrichten rd. 11,5 Mio Steuerpflichtige, d. i. die
Hälfte aller Arbeitnehmer, keine direkten Steuern mehr.

Seit der letzten Steuerreform sind steuerpflichtig:

Familien mit 1 Kind	erst ab	460 DM	Monatseinkommen
Familien mit 2 Kindern	erst ab	600 DM	Monatseinkommen
Familien mit 3 Kindern	erst ab	750 DM	Monatseinkommen
Familien mit 4 Kindern	erst ab	900 DM	Monatseinkommen
Familien mit 5 Kindern	erst ab	1.050 DM	Monatseinkommen.

Neben der Einkommensteuer erfolgten fühlbare Tarifs-
enkungen u. a. bei der Kaffeesteuer, Tabaksteuer, Umsatz-
und Gewerbesteuer.

Die letzte Steuersenkung (Steueränderungsgesetz 1961)
erhöhte die Freibeträge bei der

Gewerbesteuer	von 2.400 DM auf 7.200 DM
(Der Freibetrag ist nicht an eine Gewerbeertragsgrenze gebunden)	
Vermögensteuer	
allg. Freibetrag	von 10.000 DM auf 20.000 DM
für Kinder	von 5.000 DM auf 20.000 DM
Altersfreibetrag	von 5.000 DM auf 25.000 DM
Einkommensteuer	
Kinderfreibetrag	
für das 1. Kind	von 900 DM auf 1.200 DM.

Die neuen Steuersenkungen entlasten den Steuerzahler
um über 1,5 Mrd. DM jährlich. Hierdurch wird vor allem
der Mittelstand begünstigt.

Die Welt bewundert unsere Wirtschaft

Als ein fernöstliches Land vor einigen Jahren in Wirt-
schaftsschwierigkeiten geriet, empfahl dem verantwort-
lichen Politiker ein westlicher Diplomat: „Fragen Sie doch
mal den Professor Erhard um Rat!“ Gesagt, getan. Erhard
hat inzwischen Dutzende von Ländern auf Einladung be-
sucht und nicht wenige entscheidende Ratschläge ge-
geben. Der Unfug sozialistischer Experimente ist dabei
immer wieder als der eigentliche große Widersacher ver-
nünftigen Wirtschaftens in Erscheinung getreten.

Unsere Währung ist so begehrt, wie wenige Zah-
lungsmittel der Welt. Schutz des Geldwertes und der all-
gemeinen Kaufkraft sind die Leitziele der Währungs-
politik in der Sozialen Marktwirtschaft. Ein eindeutiger
Beweis für die Stabilität und das Vertrauen, das man

auch im Ausland in die DM setzt, zeigt der Anstieg der
Gold- und Devisenbestände. 1950 waren es 1,1 Mrd. DM
(netto), 1960 dagegen 32,3 Mrd. DM (netto), davon allein
12,5 Mrd. DM Goldbestände. Damit steht die Bundesrepu-
blik an zweiter Stelle nach den USA. Damit sind die
Währungsreserven höher als der Bargeldumlauf. Dadurch
konnte schon 1958 die volle Konvertibilität — d. h. die
Austauschbarkeit mit fremden Währungen — hergestellt
werden.

Den größten Vertrauensbeweis in den Wert unseres
Geldes haben wir jetzt von den USA erhalten. Die
D-Mark wurde zur Währungsreserve für den Dollar er-
klärt. Es gibt neben dem Gold nur noch eine einzige
Währung in der Welt, die von den Amerikanern als Re-
serve anerkannt wird: das ist das englische Pfund.

Die Aufwertung der DM-Mark diente dazu, ihre innere
Kaufkraft zu festigen. Veranlassung war die Verzerrung
der Wechselkurse, die 1949 festgelegt wurden und heute
nicht mehr stimmten, da sich die Kaufkraft der nationa-
len Währungen in der Zwischenzeit unterschiedlich ent-
wickelt hatte. Ein Teil der Währungen hatte sehr stark
an Kaufkraft verloren, während ein anderer Teil gar
keine oder nur geringfügige Kaufkraftverluste aufzuwei-
sen hatte. Das führte dazu, daß deutsche Waren für Aus-
länder zu billig wurden und sich die ausländische Güter-
nachfrage stärker als normal erhöhte. Hieraus drohten
Gefahren für den Binnenmarkt und für die Stabilität un-
serer Preise. Dieser Entwicklung wurde im Interesse der
Verbraucher, der Sparer sowie der gesamten Volkswirt-
schaft mit der Aufwertung wirksam begegnet. Man kann
jetzt für eine D-Mark mehr fremde Währung kaufen als
bisher, oder anders herum ausgedrückt: ein Ausländer
muß mehr an heimischer Währung aufwenden als bisher,
um eine D-Mark zu erhalten. Vor der Aufwertung mußte
man beispielsweise für 1 Dollar 4,20 DM bezahlen; jetzt
kostet 1 Dollar 4,— DM.

Auch der heutige Umgang unserer Produktion ist
eine großartige Folge der Sozialen Marktwirtschaft. Voll-
beschäftigung, Anstieg der Einnahmen, Anstieg des Le-
bensstandards, Verminderung der Arbeitszeiten waren
nur durch große Produktionsausweitung möglich. 1936
als Basis (= 100) genommen, betrug die Industrieproduk-
tion: 1950 110 % und 1960 = 274 %.

International verglichen liegt die Bundesrepublik absolut
an der Spitze. Die Industrieproduktion nahm von 1950
bis 1960 zu:

in Deutschland	um 163 %	in Norwegen	um 78 %
in Italien	um 145 %	in Dänemark	um 53 %
in Frankreich	um 101 %	in USA	um 43 %
in Österreich	um 111 %	in Schweden	um 50 %
in Niederlande	um 88 %	in Belgien	um 40 %
in Kanada	um 61 %	in Großbritannien	um 46 %

Die Soziale Marktwirtschaft ist auf offene Märkte und
weltweiten Austausch ausgerichtet. Die Wirtschaftspoli-
tik unterstützt daher den Außenhandel durch zahlreiche
Maßnahmen. In kurzer Zeit konnte der Weltmarkt für
den Absatz deutscher Waren wiedergewonnen und die
Bundesrepublik eng mit der Weltwirtschaft verflochten
werden. Die A u s f u h r betrug:

Jahr	in Mrd. DM	pro Kopf der Bevölkerung in DM
1950	8,4	170
1960	47,9	863

Die Ausfuhr stieg seit 1950 fast auf das Sechsfache, ihr
Anteil an der Weltausfuhr bis 1959 auf mehr als das
Zweieinhalbfache.

Andererseits wurden dem deutschen Verbraucher die
Märkte der ganzen Welt geöffnet. Die E i n f u h r betrug:

Jahr	in Mrd. DM	pro Kopf der Bevölkerung in DM
1950	11,4	232
1960	42,7	768

82 % der Einfuhren unterliegen heute keinerlei mengen-
mäßigen Beschränkungen mehr.

Europäische Integration

Die wirtschaftliche Wohlfahrt der europäischen Länder kann auf die Dauer nur durch eine starke wirtschaftliche Verflechtung und durch die Bildung größerer Wirtschafts-räume gewährleistet werden. In dieser Richtung wurden bisher drei Schritte durch die Verwirklichung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS), der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) und der „Europäischen Atomgemeinschaft“ (EURATOM) getan. Hierbei schlossen sich die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg zusammen. Letztes Ziel ist auch hierbei die Herstellung der politischen Einheit der europäischen Länder. Die wirtschaftliche Integration soll — ähnlich wie seinerzeit der Deutsche Zollverein — die erforderlichen Voraussetzungen schaffen.

Der wichtigste Schritt zur Europäischen Integration war die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Durch Abbau der Zollschränken und aller Beschränkungen, Angleichung der sozialen und wirtschaftspolitischen Gegebenheiten soll bis 1972 ein geschlossener Wirtschaftsraum gebildet werden. Die Mitgliedstaaten haben sich im vergangenen Jahr dazu entschlossen, die 12- bis 15jährige Übergangszeit zur Erreichung des Gemeinsamen Marktes auf 6 Jahre abzukürzen. So werden nunmehr auf Grund des Hallstein-Plans z. B. die Zölle innerhalb der EWG Ende 1961 anstatt um 30 um 50 % und die Kontingente für Industrieprodukte sogar zu 100 % abgebaut sein. Dies wird sich zum Nutzen der Konsumenten in ganz Europa auswirken.

Die Entwicklungshilfe ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit geworden. Den Industrieländern der freien Welt ist die Aufgabe gestellt, den Entwicklungsländern politisch zu helfen, ihre Armut zu beseitigen und sie beim Aufbau ihrer Wirtschaft finanziell und beratend zu unterstützen.

Die Bundesrepublik hat in den Jahren 1957 bis 1959 bereits folgende finanziellen Leistungen für die Entwicklungsländer aufgebracht:

	1957	1958	1959
— Werte in Mio DM —			
bilateral (direkte Leistung der Bundesrepublik an verschiedene Entwicklungsländer)	1.063	1.371	1.761
multilateral (über internationale Fonds oder Organisationen)	836	649	636
insgesamt	1.899	2.020	2.397
davon: öffentliche Mittel	946	1.074	840
private Mittel	953	946	1.557
in % des Bruttosozialproduktes	0,9	0,9	1,0

Weiterhin aufwärts!

Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der CDU/CSU hat das Versorgungsproblem für unser Volk gelöst. Unser Lebensstandard ist noch nie so hoch gewesen wie heute. Frühere Luxusgüter sind heute allgemeine Gebrauchsgüter aller Schichten unseres Volkes geworden. Die bewußte Eigentumspolitik und die beachtlichen sozialen Leistungen machen den Einzelnen weitgehend unabhängig.

Diese Politik, die mit dem umfassenden Begriff Soziale Marktwirtschaft bezeichnet wird, will die CDU/CSU auch weiterhin unbeirrt verfolgen.

PFARRER ALS VORSPANN DER „DEUTSCHEN FRIEDENS-UNION“

von Dr. Wolfgang Höpker, Bonn

Der Aufruf beginnt mit „Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden“ und schließt mit dem Appell: „Darum wählt am 17. September die Deutsche Friedens-Union“. Ein erstaunliches Dokument, das hier unter Anrufung des Evangeliums Parteiwerbung betreibt. Wir erfahren, daß auf Gewalt kein Segen ruht, daß aber alle Parteien der Bundesrepublik die Aufrüstung und die Androhung von Gewalt bejahen — bis auf die eine, eben die „Deutsche Friedens-Union“, die darum „am besten den christlichen Bemühungen um den Frieden entspricht“.

Das Erstaunen wächst angesichts derer, die für dieses kuriose Dokument verantwortlich zeichnen. Das sind 25 protestantische Pfarrer der Bundesrepublik. In ihrem Ehrgeiz, unter dem Firmenschild „DFU“ politisch aktiv zu sein, berufen sie sich ausdrücklich auf ihren Stand, auf ihre Funktion als Geistliche der evangelischen Kirche. So kann es auch wohl nur in ihrem Sinne sein, wenn wir die Namen der 25 hier einfügen: Mochalski, Frankfurt/Main; Farr, Frankfurt/Main; Weber, Sprendlingen; Andres, Frankfurt/Main; Treblin, Alzey; Frey, Herborn; Christ, Schotten; Conradi, Holzheim; Grisshammer, Hitzkirchen; Vollrath, Gießen; Schlunk, Dudenrode; Thorwirth, Schwarz; Boos, Niedersaulheim; Stroh, Obersaulheim; Bartsch, Krumbach; Frau Küppers, Frankfurt/Main; Felsch, Hammelbach; Matthies, Unnau; Schultz, Oberursel; Bausch, Ebersbach/Filz; Schulte, Boffzen/Weser; Weber, Eisingen; Lederle, Maximiliansau/Pfalz; Bachmann, Eisingen; Walz, Hahnheim.

Die „Deutsche Friedens-Union“, die derzeit in aller Form für das Bonner Parlament kandidiert, ist ein neuer, von langer Hand vorbereiteter Versuch, dem Kommunismus in der Bundesrepublik eine legale Plattform zu schaffen. Es geht um die Sammlung aller Unzufriedenen, man ist

in der Aufnahme von Verbänden, Gruppen, politischen Sekten und Einzelmitgliedern großherzig. Um so eindeutiger ist der innerste Führungskreis, der harte Kern dieses nach außen so schillernden Gebildes, das sich als geradezu klassisches Beispiel eines Volksfrontexperiments erweist. Im organisatorischen Zentrum, der Bundeswahlkampfleitung, finden sich als die eigentlichen Manager altbewährte Kommunisten wie Helmut Bausch, Brender, Dreibrodt, Hausladen, Neuhöffer oder Polikeit.

Diese Funktionäre wissen sehr genau, was sie wollen, ihre Marschroute ist Schritt für Schritt vorgezeichnet. Aber auch die 25 Pfarrer, die sich als Unterzeichner des „Aufrufs an alle Christen“ plakatieren ließen, dürften wohl wissen, was hier gespielt wird. Sie haben in der Apparatur der „DFU“ zum Teil wichtige Posten und damit Einblicke, von denen die Mitlauferschaft sorgsam abgeschirmt wird. Sie sollen als Magnet wirken, gerade im Blick auf ihre Amtsbrüder, auf die evangelische Pfarrerschaft, von der sich die „DFU“ besondere Anfälligkeiten für ihre Parolen verspricht.

Gutgläubigkeit, Schwärmerei, Naivität

Und dieses Kalkül ist nicht falsch. Es gibt auffallend viele Pfarrer, bei denen die „Deutsche Friedens-Union“ Widerhall findet. In den meisten der Pfarrhäuser freilich, wo das Schrifttum der neuen Partei so eifrig gelesen und dann in die Predigt hineinübersetzt wird, ahnt man nicht, wessen Spiel man hier treibt und in wessen Dienst man das Gewissen der Gemeinde verwirrt. Da mischt sich Gutgläubigkeit mit Schwärmerei und politischer Naivität. Da ist man einfach nicht fähig, zu glauben, daß man mißbraucht und als Rädchen eingesetzt wird in eine riesige Maschinerie, die auf ein sowjetisches Gesamtdeutschland hinzielt.

Die magische Formel, mit der sich hier ein vom Osten gesteuerter Tarnverband gerade auch für Geistliche anziehend macht, ist das Wort „Frieden“. Da haben nun mehr als vierzig Jahre Bolschewismus, mehr als fünfzehn Jahre der Annexion weiter Teile Deutschlands durch Moskau nicht genügt, die satanische Sprachinfektion zu durchschauen, mit der die kommunistische Agitation Frieden in Sowjetfrieden umfälscht!

Sowjetisches „Friedens“-Rezept

Der Kommunist versteht unter Frieden einen Zustand, der nur durch einen steten revolutionären Kampf, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt, erhalten oder erreicht werden kann. Er fordert Frieden nicht um seiner selbst willen, sondern stets nur als ein Mittel zur Erreichung der kommunistischen Ziele. Ein „ewiger Friede“ wird demzufolge erst herrschen, wenn die westliche Gesellschaftsordnung vernichtet ist. Weltfrieden ist für den Kommunisten erst denkbar nach verwirklichter Weltrevolution. Der „Kampf um den Frieden“ ist in seiner Sicht identisch mit der Unterstützung der Sowjetpolitik. Jede nichtsozialistische Politik ist für den Kommunisten „Friedensgefährdung“. Jeder vom Osten, dem „Weltfriedenslager“, entfesselte Krieg ist gerecht, weil er ein „Befreiungskrieg“, besser noch: ein „Friedenskrieg“ ist...

Und eben diesen Sowjetfrieden, den Kirchhofsfrieden der Unterworfenen, empfiehlt die „DFU“ nun auch Westdeutschland als Rezept. Die Friedensfeinde sitzen für sie,

genau nach Moskauer Lesart, in Bonn, während Ulbricht und Chruschtschow aus ihren Polemiken ausgespart sind. Daß Geistliche, für die mehr noch als für jedermann sonst der Frieden das heiligste aller Güter bedeutet, diesem Täuschungsmanöver des Gott und die Schöpfungsordnung leugnenden Sowjetsystems aufsitzen, erscheint schlechthin unfälsch.

Blind auf dem linken Auge ...

Dieses Phänomen der Ostanfälligkeit hat nun freilich auch seine quasi theologische Vorgeschichte. Es handelt sich um ein weites, diffuses Kapitel in den Annalen des Protestantismus, das um die Figur des tschechischen Theologen Hromádka kreist und in der Bruderschaftsbewegung auf deutschem Boden allerlei Schwarmgeister in Blüte gebracht hat. Da spukt noch immer der Begriff eines ganz und gar in den Kategorien von gestern befangenen „Antifaschismus“ herum, der blind ist für die simple Tatsache, daß brauner und roter Totalitarismus nur verschiedene Seiten ein und derselben Medaille sind. Man ist blind auf dem linken Auge und starrt mit dem rechten gebannt in genau die Richtung, auf die hin der Kommunismus die Wegweiser gestellt hat. „Pax sowjetica“ theologisch verbrämt... Die Schriftgelehrten des Kreml können hier eine Resonanz buchen, die selbst diese Hexenmeister des dialektischen Materialismus ihren Zaubersprüchen nicht zugebilligt hatten.

WER VERTROSTET?

von Kirchenrat Richard Eckstein, Heilsbronn

Das klassische Argument der marxistischen Propaganda gegen das Christentum ist, daß es — im Einklang mit den Interessen der „herrschenden Klasse“ — das Volk auf das Jenseits vertröste. Dadurch lähme es den Willen der Unterdrückten, sich selber zu helfen und durch eine Revolution oder andere Maßnahmen eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen. Abgesehen davon, daß dieser Vorwurf auf eine gezielte Verleumdung der Kirche hinausläuft, ist er auch längst als pure Theorie erwiesen. Ja, es ist sogar vom Neuen Testament her der Vorwurf zu erheben — und oft genug innerhalb der Kirche erhoben worden —, daß in der Lehr- und Lebenspraxis der Kirche das Eschatologische, die Hoffnung auf die zukünftige Vollendung, zu kurz komme.

Es mutet wie eine Ironie der Geschichte an, daß der vom Marxismus der Kirche zum Vorwurf gemachte Hinweis auf die Eschatologie in der Gegenwart in keiner Religion und Weltanschauung stärker strapaziert wird als in der marxistischen Ideologie und Praxis. Man könnte geradezu umgekehrt den Marxismus als die „Religion der Vertröstung“ bezeichnen. Alle Anstrengungen, Einschränkungen, Opfer und Leiden, alle Unvollkommenheiten im gegenwärtigen Zustand werden ja damit gerechtfertigt, daß sie ertragen werden müßten und auch seelisch bewältigt werden könnten im Blick auf das endliche Ziel der Erfüllung, jene vollkommene Welt ohne Sorge, Not und Leid. In den kommunistisch regierten Staaten wird das Volk von einem Fünfjahresplan auf den anderen, von einer Stufe der Entwicklung auf die andere vertröstet. Dabei bleibt nach den bisherigen Erfahrungen offen, ob das von den Kommunisten verheißene Ziel nicht eine Fata Morgana ist, die sich vor den Augen des Wüstenwanderers jedesmal dann in nichts auflöst, wenn er am Ziele zu sein glaubt. Bis jetzt jedenfalls ist trotz aller Deklamationen auch nicht das bescheidenste Anzeichen einer „neuen Welt“ in den kommunistischen Ländern zu erkennen. Was der „gesellschaftliche Fortschritt“ dort hervorgebracht hat, ist lediglich die Ablösung einer

„herrschenden Klasse“ durch eine andere. Milovan Djilas, als überzeugter Kommunist einst Kampfgefährte und naher Freund Marshall Titos, stellt in seinem Buch „Die neue Klasse“ nüchtern fest:

„Die neue Klasse ist gierig und unersättlich, genauso, wie es die Bourgeoisie war. Sie besitzt aber nicht Tugenden wie Genügsamkeit und Sparsamkeit, die der Bourgeoisie eigen waren. Die neue Klasse ist ebenso exklusiv, wie es einmal die Aristokratie war, ohne aber über die kultivierten Sitten und die stolze Ritterlichkeit derselben zu verfügen.“

Die Christenheit glaubt, daß die schließliche Vollendung oder vielmehr Neuschöpfung der Welt nicht von Menschenhand geschieht, sondern daß Gott selbst sie vollbringt. Die marxistische Ideologie aber traut es der menschlichen Kraft zu, die neue Welt zu schaffen. Wir Christen können darin nur eine falsche Einschätzung menschlicher Macht und Kraft sehen. Der Marxismus verkennet die Macht der Sünde. Überdies glauben wir nicht, daß der Mensch durch eine noch so große Verbesserung seiner materiellen Lage allein wirklich glücklich und zufrieden gemacht werden kann. Wenn es eines Beweises für den Satz bedürfte: „Je mehr er hat, je mehr er will“, dann brauchte man nur auf Westdeutschland zu verweisen, wo mit der ständigen Verbesserung der materiellen Situation eine Verstärkung der inneren Unzufriedenheit und des allgemeinen Unbehagens Hand in Hand geht. Der Mensch lebt eben nicht vom Brot allein, und die „Seligkeit“ ist eben nicht ein materieller, sondern ein geistiger und geistlicher Zustand. Von daher gesehen ist die marxistische Zukunftshoffnung genau das, was man dem kirchlichen Hinweis auf die Endvollendung vorwirft: Opium für das Volk. Die Fata Morgana eines paradiesischen Zukunftsstaates wird dazu benützt, den Menschen in der Gegenwart große Leistungen abzufordern, ihnen schwere Opfer aufzuerlegen und sie über die Mängel und Nöte der Gegenwart hinwegzuträsten.